



Ausschuss für Europa und Internationales

11. Sitzung (öffentlich)

18. August 2023

Bonn – German Institute of Development and Sustainability (IDOS)

10:08 Uhr bis 12:51 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Stephan Vallata

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass für Abstimmungen „Fraktionsstärke“ gilt. | |
| 1 Gespräch mit dem German Institute of Development and Sustainability (IDOS) und der Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn, Katja Dörner (Bildschirmpräsentation s. Anlage 1) | 6 |
| 2 Gespräch mit Eine Welt Netz NRW zum Thema „Zivilgesellschaftliche Perspektive“ (Bildschirmpräsentation s. Anlage 2) | 16 |
| 3 Grenzüberschreitende Kooperationen Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden und Belgien auf den Gebieten „Bildung“ und „Kultur“ intensivieren und so den europäischen Zusammenhalt weiter stärken | 24 |

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4371

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

4 Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich: mehr Substanz, weniger Marketing! 26

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4589

– keine Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Wunsch der SPD-Fraktion, eine Anhörung von Sachverständigen in Präsenz durchzuführen. Auf einen Termin und die Zahl der Sachverständigen soll sich im Rahmen der Obleuterunde verständigt werden.

5 Ausschuss der Regionen 27

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

6 Israelreise vom 2.–4. Juli 2023 (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 32

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

7 Wie steht die Landesregierung zum Europäischen Lieferkettengesetz? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) 37

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1498

– Wortbeiträge

- 8 Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung bisher unternommen, um die bilateralen Beziehungen mit neuen und langjährigen Partner/innen des Globalen Südens weiter zu stärken und auszubauen?**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1484

– Wortbeiträge

- 9 Verschiedenes** **40**

hier: **Restrukturierung der europäischen Fördersysteme**

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass für Abstimmungen
„Fraktionsstärke“ gilt.

1 Gespräch mit dem German Institute of Development and Sustainability (IDOS) und der Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn, Katja Dörner
(Bildschirmpräsentation s. Anlage 1)

Prof.'in Dr. Anna-Katharina Hornidge (German Institute of Development and Sustainability) begrüßt die Anwesenden. Der Kurzname des Instituts, IDOS, sei an den griechischen Begriff für „Idee“ angelehnt. Der Selbstanspruch sei es, Wissen zu produzieren und in Wissenskooperationen zu verwirklichen, um zur Gestaltung von nachhaltigen Zukünften beizutragen.

Katja Dörner (Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn) trägt vor:

Ich darf Sie in der Bundesstadt Bonn ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich sehr, dass Sie Bonn als Sitzungsort gewählt haben. Wie ich gehört habe, hat es schon eine gewisse Tradition, dass der Ausschuss immer mal wieder auch in Bonn tagt. Für die Oberbürgermeisterin ist es natürlich sehr schön, dass diese gute Tradition auch in dieser Legislaturperiode wieder aufgegriffen worden ist.

Ich freue mich zudem, dass Sie das IDOS als Sitzungsort gewählt haben. Das IDOS ist für uns als Stadt der Nachhaltigkeit auch perspektivisch ein ganz wichtiger Bestandteil unseres Wissenschaftsclusters. Angesichts der Schwerpunkte, mit denen sich das IDOS beschäftigt, und angesichts wichtiger globaler Zukunftsthemen ist das IDOS nicht nur ein wichtiger Partner für uns, sondern aus unserer Sicht auch ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Wissenschaftslandschaft.

Internationalität und globale Vernetzung sind für uns in der Bundesstadt Bonn sozusagen Teile unserer DNA. Bonn ist das Zentrum bzw. die Stadt der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland – Sie wissen das, ich muss wahrscheinlich gar nicht lange darüber sprechen. Begonnen hat es 1996 mit der Ansiedlung des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen. Das war tatsächlich die UN-Organisation, die sich als Erstes in Bonn angesiedelt hat. Bald darauf folgte das UN-Klimasekretariat. Damit begründet sich die Geschichte der Stadt Bonn als die deutsche Stadt der Vereinten Nationen.

Mittlerweile befinden sich auf dem nahe gelegenen UN-Campus 26 UN-Institutionen mit rund 1.000 Mitarbeitenden. Dies zeigt sehr gut, welche Entwicklung dieser internationale UN-Standort in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in Bonn genommen hat und welche Bedeutung er für das Wohlergehen der Bundesstadt Bonn tatsächlich hat. Wir als Stadt sind in einem sehr engen Austausch mit den UN-Organisationen, aber natürlich auch mit den vielen anderen internationalen Organisationen, die sich in diesem internationalen Cluster in Bonn angesiedelt haben.

Im Kontext zu den vielen in Bonn stattfindenden internationalen Konferenzen lädt auch die Stadt Bonn die Teilnehmenden immer wieder zu Konferenzen ein und fördert den Austausch. Im Vorfeld der COP-Verhandlungen hat in Bonn unlängst eine sehr wesentliche und von uns sehr eng begleitete Vorbereitungskonferenz stattgefunden.

Wir betreiben beispielsweise auch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit mit den UN. Einige Bonnerinnen und Bonner haben sich wahrscheinlich gefragt, warum die Oberbürgermeisterin vor zwei Tagen in einem blauen T-Shirt der UN-Volunteers auf dem UN-Campus herumgelaufen ist. Wir haben dort für eine gemeinsame Kampagne der UN-Volunteers und der Bundesstadt Bonn Fotos gemacht. In diesem Zusammenhang bemühen wir uns, auch über die Öffentlichkeitsarbeit eine gemeinsame Vision und gemeinsame Aktivitäten in den Vordergrund zu rücken.

Als Stadtverwaltung haben wir natürlich die Aufgabe – diese nehmen wir sehr gerne an –, den für die UN arbeitenden Menschen einen guten Service zu bieten. Das betrifft englischsprachige Informationen. Wir organisieren beispielsweise auch Willkommensveranstaltungen sowie ganz konkrete Hilfestellungen, wenn ein Kitaplatz gesucht wird bzw. ein Kind dort angemeldet werden muss. Unsere Kolleginnen und Kollegen von der UN haben bei allem, was sie betrifft, in gewisser Weise einen Fastrack in unserem Dienstleistungszentrum. Das halte ich für notwendig, um als Standort für die UN attraktiv zu sein.

In diesem Zusammenhang fällt mir beispielsweise die Frage nach der Impfung als ein ganz konkreter Punkt ein. Dabei haben wir sehr stark unterstützt. Das ist etwas, was einem vielleicht nicht direkt in den Sinn kommt. Allerdings hatten die nicht im hiesigen Gesundheitswesen integrierten UN-Mitarbeitenden tatsächlich Probleme dabei, eine Impfung schnell zu organisieren.

Es ist mir sehr wichtig, das in Verbindung mit den Bonnerinnen und Bonn zu bringen, was die UN am Standort Bonn und insgesamt tut. Jedes Jahr im Oktober gestalten wir auf dem Marktplatz einen Tag der Vereinten Nationen mit einem großen Programm, das immer sehr gut angenommen wird. Ich würde mir wünschen – ich weiß, dass es sich auch die UN wünscht –, dass wir irgendwann auf dem UN-Campus eine Art Besucherzentrum implementieren können, damit die Bonnerinnen und Bonner, aber auch die uns besuchenden Menschen die Möglichkeit haben, die UN mehr von innen zu erleben. Darüber sprechen wir gerade. Ich halte es wirklich für wichtig, dass wir es irgendwann realisieren können.

Als Stadt beschäftigen wir uns natürlich auch inhaltlich mit den Themen, die die UN im Speziellen am Standort Bonn betrifft, nämlich die 17 Nachhaltigkeitsziele: die SDGs. Der Rat der Stadt Bonn hat schon 2019 eine erste Nachhaltigkeitsstrategie auf der Basis der Agenda 2030 verabschiedet. Mit dieser Nachhaltigkeitsstrategie integrieren wir die SDGs ganz konkret in unsere kommunalen Handlungsschritte. Wir haben schon 2020 als eine der ersten Städte überhaupt einen sogenannten Voluntary Local Review, also einen lokalen Freiwilligenbericht, vorgelegt. 2022 durfte ich den zweiten Voluntary Local Review vorstellen.

Wir als Stadt sind Vorreiter, und das wollen wir natürlich auch sein. Als Sitz der UN sehen wir es als besonderen Auftrag an uns, diese Thematik auch inhaltlich mit nach vorne zu bringen. So laden wir die Bürgerinnen und Bürger anlässlich der Bonner SDG-Tage jeden September dazu ein, sich im Rahmen eines großen Veranstaltungsangebots mit der Agenda 2030 auseinanderzusetzen und selbst vor Ort dazu beizutragen.

Ich habe das Glück, dass Bundeskanzler Scholz mich unlängst zum Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung berufen hat. Aus meiner Sicht ist es ein sehr guter Synergieeffekt, auf der Bundesebene einspeisen zu können, was wir in Bonn inhaltlich tun. Wie schon gesagt: Die zweite UN-Institution, die sich in Bonn angesiedelt hat, war das UN-Klimasekretariat. Für uns ist das bezüglich der inhaltlichen Arbeit, die wir in der Bundesstadt leisten, immer wieder eine Motivation, aber auch eine Inspiration und daher von besonderer Bedeutung. Wir stehen in einem guten Austausch mit dem UN-Klimasekretariat und haben im Stadtrat im März einen sehr ambitionierten Klimaplan beschlossen.

Es gab zwar schon 2019 den Beschluss, dass die Bundesstadt Bonn bis 2035 klimaneutral werden soll, aber es gab keine Strategie und keine konkreten Maßnahmen, die wirklich auf die Erreichung dieses Ziels hinwirkten. Wir sind nicht nur sehr stolz darauf, dass wir bis 2035 klimaneutral werden wollen, sondern auch einen Plan haben, wie wir dies im Rahmen des 1,5-Grad-Ziels pariskonform umsetzen können. Mit einem gewissen Stolz kann ich diesbezüglich sagen, dass wir an der Spitze der kommunalen Bewegung stehen. Das hat sicherlich auch damit zu tun, dass wir bei diesem Thema immer wieder von der UN und dem Klimasekretariat inspiriert werden.

Sie sind nicht nur der Ausschuss für Internationales, sondern auch für Europa. Letzteres ist ein Thema, das uns als Stadt ebenfalls am Herzen liegt; etwa die Frage nach der europäischen Dimension. Wir haben das Privileg, dass die Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn ihren Sitz hat. Wir bemühen uns sehr, sie zu hegen und zu pflegen, da sie ein wichtiger Akteur ist. Wie einige andere Städte auch veranstalten wir jährlich einen Europatag im Mai auf den Markt, um das Thema „Europa“ in die Breite der Stadtgesellschaft zu tragen.

Ich habe gesehen, dass bei Ihnen heute das Thema „Brexit“ auf der Tagesordnung steht. In meinem früheren Leben als Bundestagsabgeordnete war ich elf Jahre lang die Vizepräsidentin der Deutsch-Britischen Parlamentariergruppe. Deshalb beschäftigt mich dieses Thema bis heute sehr. Auch die Entscheidung und ihre Folgen für Großbritannien, aber natürlich auch für die Europäische Union schockieren mich weiterhin. Ich freue mich, dass die Kooperation auf vielen anderen Ebenen weiterläuft. Unser Stadtbezirk Bonn beispielsweise unterhält eine rege und sehr gut laufende Kooperation mit der Stadt Oxford. Beide Städte beteiligen sich aktuell am Programm „Urban Diplomacy Exchange“. Man kann also sehen, dass in dieser Hinsicht Pflanzen der Kooperation durchaus noch weiter gedeihen.

Auch wenn es ein bisschen bitter ist: Die Stadt Bonn profitiert durch eine sehr interessante und wichtige Neuansiedlung am Standort vom Brexit, denn das Europäische Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage hat seinen Sitz 2021 als eine Folge des Brexits nach Bonn verlegt. Darüber freuen wir als Standort uns natürlich, gleichwohl es einen bitteren Beigeschmack hat.

Infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist die Stadt Bonn im Frühjahr eine Städtepartnerschaft eingegangen ist. Ich bin sehr dankbar, dass der Rat der Stadt Bonn einstimmig beschlossen hat, diese Projektpartnerschaft mit der Stadt Cherson einzugehen. Ich denke, Cherson ist Ihnen als Stadt unmittelbar am

Frontverlauf bekannt. Sie befindet sich durch die Explosion des Staudamms aktuell in einer besonderen Bedrängnis und ist mit einer besonderen Problemlage behaftet.

Es war keine einfache Entscheidung. Wir haben in den Gremien und im Stadtrat sehr intensiv darüber diskutiert, ob man tatsächlich eine Frontstadt zum Projektpartner machen sollte. Wir haben ganz ausdrücklich Ja dazu gesagt, auch wenn es mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Wir wollen es gerade deshalb machen, weil eine Stadt wie Cherson und die Menschen darin eine besondere Solidarität verdienen. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir diese Projektpartnerschaft in Angriff genommen haben. Die Bundesstadt Bonn arbeitet sehr eng mit der Hilfsorganisation „Help“ zusammen, mit der wir in unserer Spendenpartnerschaft „Bonn hilft Cherson“ gemeinsam Spenden sammeln.

Auf einem weiten Feld tun wir allerdings auch andere Dinge. Gerade erst haben wir Müll- und Feuerwehrfahrzeuge nach Cherson transferiert. Wir organisieren gemeinsame kulturelle Veranstaltungen und sind gerade dabei, diese Projektpartnerschaft breit anzulegen. Falls Sie Interesse haben: Es gibt eine schöne Homepage. Wir freuen uns über Unterstützung.

Das war jetzt ein ziemlich großer Rundumschlag dazu, welche europäischen und internationalen Kooperationen die Bundesstadt Bonn pflegt und was wir in diesem Kontext auch inhaltlich selber bearbeiten.

Ich freue mich, dass Sie heute in Bonn sind, Sie mir so lange Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben und bin gespannt, ob es Fragen gibt und welche Anregungen Sie mir für unsere Arbeit in Bonn mitgeben wollen. – Ganz herzlichen Dank

Prof.'in Dr. Anna-Katharina Hornidge (German Institute of Development and Sustainability) berichtet:

Ich freue mich wirklich sehr, Ihnen das IDOS vorstellen zu dürfen. „Wissenschaft für globales Gemeinwohl“ haben wir uns auf die Fahne geschrieben.

(Folie 2)

Wir sind ein Wissenschaftsinstitut und Think Tank, der bereits 1964 gegründet wurde. Wir werden vom Bund zu 75 % und vom Land 25 % finanziert. Wir arbeiten zu Themen nachhaltiger Entwicklung und internationaler Kooperation sowie zu Fragen von Wissenskoooperationen und ihrer Rolle für die Ausgestaltung von nachhaltigen Zukünften.

(Folie 3)

Das tun wir mit einem Fokus auf die großen globalen Veränderungsprozesse: Megatrends wie „Klimawandel“, „demografischer Wandel“ und „geopolitische Machtverschiebungen“ sind strukturgebend. Wir Menschen haben sie über viele Jahre aufgebaut, und sie bestimmen gleichzeitig heute schon den Handlungsspielraum für die Zukunft stark mit.

Es geht uns darum, die Dynamiken, die sich zwischen diesen verschiedenen, großen globalen Megatrends entfalten, empirisch zu fassen – teilweise auch theoriegeleitet –

und – basierend auf dieser Wissenschaft – Politik zu beraten. Das verbinden wir mit Ausbildungsprogrammen, über die Wissenskoooperation auch transregional immer wieder gelebt wird.

(Folie 4)

Beispielhaft gehe ich auf zwei Megatrends ein. Der Klimawandel ist natürlich eine globale Herausforderung aus klimatologischer Perspektive, einer Governance-Perspektive und aus einer Perspektive internationaler Kooperationen, da wir wissen: Die historischen Verantwortlichkeiten liegen in vielerlei Hinsicht in den G7-Ländern. Gleichzeitig sind es mittlerweile die Länder hohen mittleren Einkommens, also die großen Schwellenländer, in denen die Ausstöße an Treibhausgasen weiterhin besonders stark steigen. Das ist ganz klar eine Herausforderung für den internationalen Dialog und die Kooperation.

(Folie 5)

Ein weiterer uns alle umtreibender globaler Megatrend sind soziale Polarisierungsprozesse, die wir seit Jahren auf allen Kontinenten und interessanterweise sowohl in Ländern mit hohen und mittleren Einkommen als auch in Ländern mit niedrigen Einkommen beobachten können. In vielen, aber nicht in allen Ländern kippen diese Polarisierungsprozesse in eine politische Autokratisierung.

(Folie 6)

Insofern sind sie auch Hintergrund zu dem, was Kanzler Olaf Scholz als Zeitenwende bezeichnet hat. Damit gemeint sind große Prozesse der Veränderung, die sich schon seit langer Zeit aufbauen, zu denen wir beitragen und die auch hinter dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine stehen.

Für das Entwicklungssystem oder die größeren Systeme im Umfeld internationaler Kooperationen insgesamt bedeutet dies, dass wir mittlerweile aus vielen Ländern des sogenannten globalen Südens, gerade aus den großen Schwellenländern – ich war vor zwei Wochen wieder in Indien –, mit einer wahnsinnigen Vehemenz zu hören bekommen: „Wenn ihr uns nicht hört, wenn ihr die Systeme im Zusammenhang mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, aber auch der G20 nicht so reformiert, dass unsere Interessen gleichermaßen gehört werden, dann bauen wir eben unsere eigenen Systeme auf.“ – Stichwort „New Development Bank“. Sie wurde von den BRICS-Ländern gegründet. Der sogenannte Westen bzw. die G7-Länder sind daran überhaupt nicht mehr beteiligt.

Wir befassen uns also mit den großen Themen, bringen uns in sie ein und begleiten sie empirisch teilweise mit. Gleichzeitig versuchen wir außerdem über die Beratungsarbeit, diese Themen mitzugestalten.

(Folie 7)

Sie führen dazu, dass wir uns Folgendes vor Augen führen müssen: Das Zusammenspiel unterschiedlicher globaler Megatrends mündet in eine neue Dringlichkeit – auf Englisch: „New Urgency –, nämlich eine geopolitische Dringlichkeit. Diese ist nur noch sehr schwer greifbar und geht mit geopolitischen Verwerfungen einher. Gleichzeitig sind unsere Instrumente, um sozial gerecht ökologische und klimastabilisie-

rende Transformationsprozesse in unseren Produktionssystemen und auch in unserem Konsumverhalten voranzubringen, weiterhin unterentwickelt. Wenn wir zum Beispiel an „Just Energy Transition Partnership“ denken als ein Instrument, um mit Südafrika, Indonesien oder Indien die Energieproduktion bzw. die Systeme vor Ort zu transformieren, dann wissen wir: Es funktioniert noch nicht ganz. – Es braucht einfach unheimlich viel Zeit und natürlich auch Ressourcen. Wir müssen uns nun fragen: Sind wir an einem Kipppunkt angekommen?

Wir können beobachten, dass unsere Welt in der Tat multipolar ist und viele verschiedene miteinander in Austausch stehende Machtzentren enthält. Momentan zeichnet sie zumindest immer wieder noch ein konstruktives Miteinander aus, verbunden durch ein multilaterales UN-System. Dieses bröckelt allerdings. Wir beobachten alle die Krise des Multilateralen. Die Frage lautet daher, ob es in ein destruktives Konkurrenzverhältnis kippt und ob wir ein Auseinanderdriften nicht nur in unterschiedliche Pole, sondern in multiple Ordnungssysteme erkennen können.

(Folie 8)

Ich komme zurück zur institutionellen Vorstellung. Sie haben bereits mitbekommen: Wir sind ein Institut, das aus einer Nachhaltigkeitsperspektive mit Blick auf die verschiedenen Krisen dieser Erde arbeitet und dessen Fokus darauf liegt, die Entwicklung sozialer Veränderungsprozesse mit dem Fluchtpunkt eines globalen Gemeinwohls zu ermöglichen bzw. zu gestalten. Das tun wir in vier Forschungsabteilungen.

(Folie 9)

Wir arbeiten sehr häufig sowohl im europäischen Kontext als auch im Austausch mit unseren afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Partnern in internationalen Netzwerken.

(Folie 10)

Wir unterhalten drei postgraduale Ausbildungsprogramme, die es uns ermöglichen, auf der einen Seite Europäer und auf der anderen Seite Berufstätige der mittleren Karriereebene aus den großen Schwellenländern sowie aus unterschiedlichen Teilen Afrikas nach Bonn zu bringen. In Kooperation mit der UN-Stadt Bonn und verschiedenen UN-Organisationen auch in Berlin und Brüssel, wo Aufenthalte stattfinden, bilden wir sie aus bzw. weiter. Gleichzeitig lernen wir von ihnen unheimlich viel über ihre eigenen Länder. Das tun wir immer mit dem Ziel, in ihren Ländern genauso wie bei uns vor Ort konkrete Lösungsansätze für die weitere Ausgestaltung der verschiedenen Wendungen – die Transportwende, die Energiewende und die Ernährungswende – zu entwickeln.

(Folie 11)

Diese Erkenntnisse tragen wir dann – ich sagte es schon – in Form von Politikberatung weiter. Wir beraten vornehmlich externe Politikfelder, um es einmal so zusammenzufassen. Natürlich sind wir stark im entwicklungspolitischen Kontext verortet, arbeiten aber auch mit klima- und umweltpolitischen Akteuren zusammen. In der Außenpolitik sind wir sowohl im deutschen als auch im europäischen Kontext sowie bezüglich der UN auf den Ebenen der multilateralen Systeme tätig.

(Folie 12)

Ein Beispiel ist die „Aktuelle Stunde“ der Politikberatung. Wir bringen uns sehr stark in die Beratungsprozesse für die G7 und die G20 ein. Vom Kanzleramt wurden wir wiederholt, unter anderem auch für die deutsche G7-Präsidentschaft im vergangenen Jahr, mandatiert. Gleichzeitig bringen wir uns derzeit unter der indischen Präsidentschaft innerhalb der G20 und der japanischen Präsidentschaft innerhalb der G7 sehr stark ein. Wie gesagt, beraten wir auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Ein Beispiel dafür ist das gerade veröffentlichte neuen Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, kurz: WBGU.

(Folie 13)

Wir beraten immer auch mit einem wissenschaftlich basierten Aktualitätsgrad, das heißt: Die große Herausforderung besteht darin, heute schon zu wissen, welche Anforderungen in den nächsten Jahren an die Politik gestellt werden, damit wir in der Gegenwart die entsprechende Forschungsleistung erbringen, die entsprechenden empirischen Daten erheben und unsere Teams aufstellen können.

Momentan beschäftigt uns das Thema „Ukraine“ und gleichzeitig auch – es klingt schon an – das zunehmende Auseinanderdriften von Weltregionen und die Vertrauenskrise, die wir im Austausch mit vielen unserer Partner beobachten können, natürlich sehr. Wir bringen uns mit unserer Expertise in die Debatten zum Beispiel zur Nationalen Sicherheitsstrategie, zur Chinastrategie, zur feministischen entwicklungspolitischen Strategie und zur Afrikastrategie ein. Unser Fokus liegt darauf, Kooperationsformate sowohl zwischen Staaten als auch zwischen nichtstaatlichen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren weiter auszubilden, mitzugestalten und entsprechende Mittel zu ermöglichen.

Wir sind davon überzeugt, dass Sicherheit nicht alleine über eine Abwehrlogik sichergestellt werden kann, sondern es tatsächlich um Frieden geht. Frieden und globale Nachhaltigkeit bzw. globale Zukünfte werden nur über nachhaltiges Tun und Handeln möglich. Insofern muss Kooperation im Zentrum stehen, und Abwehr darf erst dort zum Tragen kommen, wo die Kooperation an ihre Grenzen gerät. – Vielen Dank.

In Bezug auf die Städtepartnerschaft der Bundesstadt Bonn mit Oxford richtet **Romina Plonsker (CDU)** an Oberbürgermeisterin Dörner die Frage, welche konkreten Auswirkungen der Brexit darauf habe und ob die Pflege dieser Partnerschaft im Allgemeinen sowie die Pflege von Schulpartnerschaften im Besonderen – ein Anliegen der schwarz-grünen Koalition in NRW – gerade aufgrund dieser Entwicklung nun intensiviert werden sollten.

Das Thema „Vertrauenskrise“ und den daraus resultierenden Zerfall multilateraler Systeme ansprechend, sieht **Berivan Aymaz (GRÜNE)** die bisherige Welt- und Friedensordnung in Gefahr. An Direktorin Dr. Hornidge richtet sie die Fragen, wie sich diese Zeitenwende auf die entwicklungspolitische Arbeit des IDOS auswirke, ob in der Folge

eine neue Form der internationalen Kooperation entstanden sei und welche Aspekte dieser Thematik auch auf Landesebene berücksichtigt werden sollten, auch wenn NRW trotz vieler internationaler Verbindungen keine klassische Außenpolitik betreibe.

Oberbürgermeisterin Dörner bitte sie, darzulegen, welche Unterstützung die sehr ungewöhnliche Partnerschaft zwischen Bonn und der ukrainischen Frontstadt Cherson möglicherweise auch von Landesseite benötige und welche Unterstützung zur Pflege dieser Partnerschaft insgesamt bereits bestehe.

Inge Blask (SPD) bekundet Interesse daran, wie das Land NRW angesichts eines 25-prozentigen Finanzierungsanteils von der Zusammenarbeit mit IDOS bislang profitiert habe und insbesondere im Zuge einer sich verändernden internationalen Entwicklungs- und Zusammenarbeit auch zukünftig profitieren werde.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) bittet um Erläuterung der Begriffe „Politikberatung“, „Ukraine“ und „Zeitenwende“, die bei der Bildschirmpräsentation von Direktorin Dr. Hornidge aufgeführt worden seien.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Weltlage und der demnächst anstehenden Halbbilanz bei den internationalen Nachhaltigkeitszielen, den „Sustainable Development Goals“ (SDGs), fragt **Stefan Engstfeld (GRÜNE)** Direktorin Professor Hornidge, wie sie den Status quo beurteile. Bei Oberbürgermeisterin Dörner meldet er seinen Informationsbedarf über den Ablauf der Bonner SDG-Tage an.

Katja Dörner (Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn) weist die Abgeordnete Plonsker darauf hin, dass nicht die Bundesstadt Bonn, sondern der Stadtbezirk Bonn die Partnerschaft mit Oxford pflege. Sie selbst könne daher nur aus zweiter Hand darüber berichten, stehe aber mit dem zuständigen Bezirksbürgermeister dazu im regen Austausch. Das Thema „Brexit“ habe die durchaus kontroversen Diskussionen bei den wechselseitigen Besuchen zwar sehr stark geprägt. Abgesehen von einigen organisatorischen Effekten habe der Austritt Großbritanniens aus der EU allerdings keine unmittelbaren negativen Effekte auf die Städtepartnerschaft verursacht. Im Gegensatz dazu seien die Folgen für den Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsbereich dramatisch.

Die Stadt Bonn unterstütze einige Schulen finanziell, die eine Schulpartnerschaft mit Oxford unterhielten.

Da Kooperationen mit Großbritannien keine Selbstverständlichkeit mehr darstellten, müssten diese besonders in den Fokus genommen und gegebenenfalls erneuert werden. Sofern möglich, sei eine Unterstützung auf Landesebene daher sehr sinnvoll. Wünsche bestünden ihrerseits zwar viele, doch würden Land und Stadt in diesem Zusammenhang ohnehin bereits sehr gut miteinander kooperieren.

Auf die Frage der Abgeordneten Aymaz zur Städtepartnerschaft mit Cherson eingehend, bekräftigt sie, dass die Landesregierung Unterstützung bei der Vernetzung mit Blick auf Städtepartnerschaften leiste. Eine gemeinsame Veranstaltung in Berlin zur

Bewerbung dieser besonderen Städtepartnerschaften – auch mit Blick auf Spenden – befinde sich derzeit in Planung. Mittel finanzieller Art und etwa auch große Gerätschaften für Hilfstransporte könne Bonn immer gebrauchen.

Die SDG-Tage fänden in aller Regel auf dem Münsterplatz oder auf dem Marktplatz statt. Im Rahmen einer großen Auftaktveranstaltung könnten sich die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure aus der Stadtgesellschaft präsentieren. Das von der Stadt unterstützte Rahmenprogramm bestehe unter anderem aus Veranstaltungen, Filmvorführungen in den örtlichen Kinos und Projektvorstellungen zu einzelnen SDGs. Es gehe darum, das Thema „SDGs“ ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, was in einer mal mehr, mal weniger guten Bandbreite funktionieren würde.

Mit Blick auf die Teilfinanzierung des IDOS durch das Land hebt **Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge (German Institute of Development and Sustainability)** den sich daraus ergebenden inhaltlichen Nutzen für Nordrhein-Westfalen hervor. So treibe ihr Institut Forschungsprojekte in nordrhein-westfälischen Partnerländern wie Ghana und Israel weiter voran, wodurch Netzwerke auf beiden Seiten gestärkt und in den institutseigenen Ausbildungsprogrammen weiterentwickelt würden.

Im Zuge eines der Ausbildungsprogramme des IDOS entwickelten die nach Deutschland entsandten Akteure sogenannte Change-Maker-Projekte, um sie anschließend in ihren Herkunftsländern in Lateinamerika oder Afrika in die Praxis umzusetzen. Dabei gehe es zum Beispiel um die Reduzierung von Kunststoffverpackungen beim Transport von großen Paletten durch DHL. Die im Rahmen der Agenda 2030 vorgeschlagenen Lösungsansätze fänden aber nicht nur in anderen Erdteilen, sondern auch hierzulande eine konkrete Verwendung, und ermöglichten somit in der Folge eine Nachhaltigkeitstransformation in NRW. Ähnliche Projekte bestünden mit Organisationen wie „Engagement Global“, und auch die SDG-Tage verfolgten dieses Ziel.

Darüber hinaus bringe sich das IDOS in die politische Beratung ein. Beispielhaft dafür stehe etwa der NRW-Nachhaltigkeitsbeirat, dessen stellvertretende Vorsitzende sie sei. Darin bringe sich ihr Institut in die weitere Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes ein. Auch innerhalb der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) als Zusammenschluss der außeruniversitären Institute NRWs sorge das IDOS sehr gezielt dafür, dass die eigenen Netzwerke von allen angeschlossenen Instituten für eine gemeinsame Projekteinwerbung genutzt werden können. Erst kürzlich habe man gemeinsam mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg auf diese Weise beim Bundesministerium für Bildung und Forschung ein großes Forschungsprojekt zur Nahrungsmittelproduktion bzw. zum Value Transfer in Ghana eingeworben.

Das Land steuere 25 % der institutionellen Mittel des IDOS bei, welche insgesamt 40 % an der Gesamtfinanzierung ausmachten. Nicht zuletzt profitiere das Land NRW insofern davon, dass dadurch Arbeitsplätze geschaffen und Steuern gezahlt würden.

Die Frage der Abgeordneten Aymaz nach den Auswirkungen der Vertrauenskrise aufgreifend, macht sie deutlich, dass sich diese am besten anhand von Beispielen beschreiben ließen. Im Hinblick auf die Forschung führe die Vertrauenskrise derzeit vor allem zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der Frage, in welchen Ländern und

mit welchen Partnern eine empirische Forschung überhaupt noch möglich sei. Eine große Rolle spielten dabei die Themen „Sicherheit“ und „Politik. Für das IDOS habe der Zugriff auf die regionale Expertise auch unter schwierigen Rahmenbedingungen eine große Bedeutung, um anschließend eine differenzierte Beratungsleistung erbringen zu können.

Da sich die G20 seit vier Jahren unter einer südlichen Präsidentschaft befänden, würden die Diskurse davon geprägt, dem sogenannten globalen Süden mehr Gewicht bei der Gestaltung der Weltordnung zu verleihen. Das IDOS setze sich im Rahmen der politischen Beratung der G20 vehement und durchaus erfolgreich dafür ein, den Fokus nicht auf die Unterschiede, sondern auf die Gemeinsamkeiten der Mitgliedsländer zu legen und so eine Annäherung möglich zu machen. Dies können nur innerhalb der G20, nicht aber innerhalb der G7, und nur mithilfe der Agenda 2030 als einziges die Weltgemeinschaft vereinendes Aktionsprogramm gelingen, auch wenn die selbst gesteckten Ziele bislang verfehlt worden seien. Trotz aller Schwierigkeiten müsse die G20 deshalb als eine Global-Governance-Plattform gestärkt werden, damit es nicht zu einer Erweiterung der BRICS-Staaten bzw. zu einem weiteren Zerfall des multilateralen UN-Systems komme.

Die von Professor Zerbin angesprochene Zeitenwende habe bereits vor vielen Jahren begonnen. Das IDOS versuche, zu ergründen, was die Zeitenwende in Abkehr von einer kurzfristigen Projektlogik für die strukturelle Entwicklungspolitik bedeute, nämlich langfristig in die Gesundheits-, Bildungs- und soziale Verteilungssysteme von Staaten zu investieren. Darüber hinaus bringe sich das IDOS in Form sogenannter „Accelerator-Ansätze“ ein, die die Implementierung von strategisch klugen und flexiblen Lösungen beschleunigten. Im Übrigen dürften einmal formulierte Ziele auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen politisch nicht aufgegeben werden – vor allem im Hinblick auf die Entwicklung einer über das Jahr 2030 hinausgehende Agenda. Um ein globales Verständnis für die Notwendigkeit einer gemeinsamen, zukunftsorientierten Agenda zu schaffen, müssten bereits heute entsprechende Vorarbeiten geleistet werden.

Als Vorsitzender der Stiftung „Entwicklung und Frieden“ dankt **Oliver Krauß (CDU)** Oberbürgermeisterin Dörner, der Bundesstadt Bonn und Professorin Hornidge für die geleistete Unterstützung bei den Tagungen bzw. im Vorstand. Das gemeinsame Ziel bestehe darin, Bonn als internationalen Standort weiterhin attraktiv zu halten und auszubauen. Dafür setze sich auch die Landesregierung ein.

2 Gespräch mit Eine Welt Netz NRW zum Thema „Zivilgesellschaftliche Perspektive“ (Bildschirmpräsentation s. Anlage 2)

Udo Schlüter (Eine Welt Netz NRW) trägt vor:

Sehr geehrte Damen und Herren, ganz herzlichen Dank für die Einladung zum Gespräch über die zivilgesellschaftliche Eine-Welt-Perspektive in NRW. Ich selbst bin beruflich und auch privat seit 1986 in der Eine-Welt-Politik in NRW engagiert. Im Jahr 1991 habe ich zusammen mit einigen anderen das Eine Welt Netz gegründet und kann daher anhand einiger Punkte skizzieren, wo die Eine-Welt-Politik in NRW aus unserer Sicht steht.

Das Eine Welt Netz befindet sich im Generationswechsel. Vor mir liegen gerade meine letzten Monate als Geschäftsführer des Vereins, und deshalb freue ich mich, dass meine Co-Geschäftsführerin Tatjana Hübner mitgekommen ist. Sie hat in den vergangenen Jahren unser Großprojekt „Die Zukunft des Eine Welt-Engagements in NRW“ koordiniert und kann von daher aktuelle Entwicklungen gut schildern.

(Folie 2)

Gegründet wurde das Eine Welt Netz von zwölf Eine-Welt-Zentren in NRW. Wir haben uns über die Jahre zu einem breiten Netzwerk des Eine-Welt-Engagements entwickelt: überparteilich und überkonfessionell natürlich von Anfang an. Die Akteure bilden eine große gesellschaftliche Bandbreite ab. Mittlerweile haben sich uns nicht nur viele Initiativen der Kirchen angeschlossen, sondern auch Initiativen anderer Religionsgemeinschaften. Ebenso sind Akteure aus fast allen Parteien dabei.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Akteure gibt es auch Gemeinsamkeiten: Sie alle sind auf der Suche nach gerechten globalen Lösungen für die vielen Herausforderungen, vor denen wir stehen und die ich nicht groß erläutern muss. Das tun sie gemeinsam mit Partnern in der ganzen Welt. Damit sind sie automatisch auch ein Gegenpol bzw. ein Gegenentwurf zu nationalistischen Deutungsmustern und Strategien. In vielen und in zunehmend mehr Gebieten Deutschlands werden sie auch als deren Gegner wahrgenommen.

Bei uns sind aktuell 7.001 Eine-Welt-Akteure registriert, mehrheitlich Gruppen und Organisationen, das heißt: Bezogen auf Personen, ergeben sich viel größere Zahlen. 1.600 Akteure unterstützen uns als zahlende Mitglieder – meiner Ansicht nach eine sehr hohe Zahl.

(Folie 3)

Unsere Aufgaben sehen wir darin, bürgerschaftlichem Engagement Rückenwind zu geben sowie Engagement zu initiieren, zu stärken bzw. Menschen darin zu qualifizieren. Engagement können und sollten wir als Potenzial nutzen, da es dabei hilft, sich in diesen schwierigen Zeiten zu orientieren, den Mut nicht zu verlieren sowie Herausforderungen anzunehmen und anzupacken. Von diesen Herausforderungen gibt es heutzutage mehr als genug. Wir als ein Netzwerk mit Service, Beratung, Qualifizierung usw. nehmen natürlich die ganz normalen Aufgaben eines Dachverbandes wahr, aber wir bieten auch Mitmachprojekte zum Beispiel für Engagamenteinsteiger

an. Wir unterbreiten jungen Leute auch aus bildungsferneren Schichten oder aus Familien mit internationaler Geschichte spezielle Angebote rund um die Nachwuchsförderung. Wir gehen mit kreativen Angeboten des globalen Lernens in Schulen. Wir schaffen vor Ort in den Kommunen Räume für politische Diskurse zu viele Menschen auf die eine oder andere Art und Weise bewegenden Themen.

Das Eine-Welt-Engagement ist seit je her sehr vielfältig, auch in Bezug auf die Eine-Welt-Akteure. Wir versuchen, diese integrative Kraft der Eine-Welt-Bewegung auszubauen, zu stärken und auch in unseren Gremien abzubilden bzw. zum Ausdruck zu bringen. Unsere Mitglieder und wir als Netzwerk haben Partner weltweit. Mehr als die Hälfte der bei uns registrierten NGOs betreibt Auslandsprojekte. Konkret sind uns den bisherigen Zahlen zufolge in NRW 1.550 Organisationen mit Auslandsprojekten bekannt. Das werden demnächst wahrscheinlich deutlich mehr sein, sobald wir es geschafft haben, die 7.000 von mir genannten Gruppen und Organisationen differenzierter auszuwerten.

(Folie 4)

Zum Thema „Junges Engagement“. Diesbezüglich gibt es sehr viele Aktivitäten mit Freiwilligen in einem jungen Netzwerk, über das wir uns schwerpunktmäßig verstärkt und seit diesem Jahr mit einer neuen Promotorinnenstelle auch um junges Engagement in der Migrationsgesellschaft kümmern.

(Folie 5)

Viele von Ihnen haben die Mitmachkampagnen wie zum Beispiel die „Weltbaustellen“ kennengelernt. Diese haben wir vor einigen wenigen Jahren auch im Landtag in Düsseldorf präsentieren können. In diesem Zusammenhang ist es uns gelungen, in 30 nordrhein-westfälischen Kommunen Gelegenheit zum Engagement und zu Aktivitäten zu schaffen.

(Folie 6)

In Bezug auf das Globale Lernen organisieren wir mehr als 1.000 Veranstaltungen in Schulen und anderen Einrichtungen. Es gibt das Eine Welt Mobil, den „CHAT der Welten“ usw. Im Fairen Handel unterstützen wir nicht nur Weltläden – das ist sozusagen das Klassische, das Traditionelle –, sondern mit unseren Projekten schaffen wir es in den Kommunen immer mehr, dass die Beschaffer von fair gehandelten Waren bei vielen Gelegenheiten auf unser Know-how zurückzugreifen.

(Folie 7)

Tatjana Hübner (Eine Welt Netz NRW) trägt vor:

Ich freue mich, dass ich die Gelegenheit habe, ein bisschen näher auf das Projekt „Die Zukunft des Eine Welt-Engagements in NRW“ einzugehen und unsere Erfahrungen darzustellen. Es bestand natürlich nicht nur aus der Zählung der 7.000 in diesem Bereich aktiven nordrhein-westfälischen Akteurinnen und Akteure, sondern wir haben vor allem darauf geschaut, was diese Akteure bewegt und vor welchen Herausforderungen sie stehen. Dabei haben wir sehr viele spannende Einblicke in und Erkenntnisse über die Motivation für ihr Engagement, die Hindernisse, die

Schwierigkeiten und die Herausforderungen, aber auch ihre Themen und Ziele erlangt.

Vor allem haben wir in vielen Gesprächen und Umfragen von den Engagierten direkt erfahren, was eigentlich ihre Bedarfe an guten Rahmenbedingungen für ihr Engagement sind und welche Unterstützung sie sich dahin gehend stärker sowohl von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie uns als auch von Landesregierungen, von Kommunen oder auch von anderen Institutionen wünschen.

Dahin gehend stellen sich nun folgende Fragen: Was machen wir mit diesen ganzen Erkenntnissen? Wie können wir die neu identifizierten, aber auch schon altbekannten Akteurinnen einbinden? Wie können wir neue Formen des Engagements zum Beispiel in den Sozialen Netzwerken und den digitalen Plattformen stärken? Wie können wir die Organisation bei dem anstehenden Generationswechsel – eine der meistgenannten Herausforderungen – und bei notwendigen Strukturveränderungen unterstützen? Also kurz gesagt: Wie können wir eigentlich das Engagement für die Eine Welt nachhaltig stärken und auch wirksamer machen? Mit diesen Fragen befassen wir uns gerade ganz aktuell, und wir werden uns auch zukünftig damit befassen.

(Folie 8)

In den Befragungen während des Projekts haben wir uns außerdem damit beschäftigt, welche gesellschaftlichen Herausforderungen und Megatrends die Engagierten sehen. Das deckt sich auch ziemlich mit dem, was in dem vorherigen Vortrag bezüglich globaler Megatrends genannt wurde. Zusätzlich stehen Herausforderungen wie die „Zunahme und Verdichtung von Krisen“, die „Digitalisierung“, die „Bedrohung der Demokratie“ sowie die „Auswirkungen der Pandemie“ an. Dazu muss man wissen: Vier Wochen nach Start des Projekts gab es den ersten Lockdown. Wir haben es also in den zwei Pandemie Jahren von 2020 bis Mitte 2022 durchgeführt und hatten mit der Pandemie natürlich direkt zu tun.

(Folie 9)

Den gesellschaftlichen Herausforderungen gegenüber stehen zum Beispiel auch die Themen, mit denen sich die Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteure im Land beschäftigen. Darunter finden sich eigentlich alle großen Krisenthemen sowie auch viele Themen hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Demokratie und der Menschenrechte wieder. Aufgrund der Fülle und der Zahl der Themen, mit denen sich alle möglichen Engagierten beschäftigen, sieht man auch, wie komplex dieses Engagementfeld ist. Sie bearbeiten nicht nur ein einziges Thema, sondern oftmals greifen viele gar nicht unabhängig voneinander zu bearbeitenden Themen ineinander.

Wir haben festgestellt, dass all das stattfindende Engagement kein Selbstläufer ist. Auch die engagierten Menschen werden von den Ereignissen und den Krisen der Welt geschockt und verunsichert. Gemerkt haben wir das vor allem zu Beginn der Pandemie, aber auch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Der Hauptteil des Projektes hat, wie gesagt, schon vor dem Angriffskrieg stattgefunden, weshalb

dieser noch nicht das große Thema war. Zu viel Krise – das haben wir gesehen – kann mutlos machen, lähmen und zu Ohnmachtsgefühlen führen.

Wir haben unsere Aufgabe darin gesehen und tun das auch weiterhin, Möglichkeiten zum Austausch zu schaffen sowie aufzuzeigen und dabei zu unterstützen, wie die Engagierten die Krisen in ihren Bereichen gestalten können. Zu Beginn der Pandemie ging es vor allem um den Austausch mit den weltweiten Partner*innenorganisationen über die Gefahren rund um COVID-19. Sie wissen wahrscheinlich selbst: Nicht in allen Ländern gab es eine vergleichbare Informationspolitik wie in Deutschland. Daher konnten wir unsere Vereine bzw. unsere Mitglieder und ihre Partner*innenorganisationen bei der Aufklärungsarbeit unterstützen. Auch unsere Landesregierung ist schnell und unbürokratisch eingestiegen und hat mit vielen, teilweise kleinen Beiträgen vieles ermöglicht.

Diejenigen, die bereits in Netzwerke – seien es lokale oder internationale – eingebunden waren, sind schneller und besser durch die Krise gekommen. Sie waren also krisenresistenter. Dadurch ist uns die Bedeutung von Netzwerken noch einmal sehr stark bewusst geworden. Stichwort „Ukraine-Krieg“: Zu Beginn gab es in Deutschland eine große Solidaritätsbewegung, auch in Bezug auf den Transport oder die Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine. Darin waren allerdings nicht alle Menschen gleichermaßen einbezogen. Sie erinnern sich vielleicht, dass gerade Menschen mit internationalem Hintergrund zum Beispiel an der polnischen Grenze zurückgewiesen und rassistisch oder auch repressiv behandelt wurden.

Wir als Eine Welt Netz haben an der Stelle ziemlich zügig reagiert und dazu aufgerufen, diese Menschen ebenfalls unter den Solidaritätsschirm mit aufzunehmen. Wir haben ein landesweites Netzwerk initiiert, sodass Flüchtende abgeholt und in sichere Unterkünfte in Deutschland und in anderen westeuropäischen Ländern gebracht wurden. Dabei waren wir selbst überrascht, wie viele Menschen sich daran tatsächlich beteiligt haben und große Strapazen sowie Privatkosten auf sich genommen haben, um dort zu unterstützen. Autohäuser etwa haben ihre Kleinbusse für den Transport zur Verfügung gestellt. Uns bewegt immer noch sehr, dass dies ein so großer Erfolg war.

Auch daran sehen wir, dass das Eine-Welt-Engagement auf Herausforderungen und aktuelle Fragen flexibel reagieren muss, um erfolgreich zu sein. Trotz einiger Schwierigkeiten, einiger Probleme und einiger Herausforderungen bietet es ein riesiges Potenzial, Lösungen für die vor uns liegenden globalen Herausforderungen zu finden und aktiv daran zu arbeiten; nicht nur fachlich betrachtet, sondern gerade weil Engagement die notwendigen gesellschaftlichen Diskurse befördert und Anlässe und Räume auch für wichtige Debatten schafft.

Gerade in Zeiten der zunehmenden Polarisierung und auch vor dem Hintergrund der uns vorhin dargestellten globalen Megatrends ist Engagement im Allgemeinen und Eine-Welt-Engagement im Speziellen extrem wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Udo Schlüter (Eine Welt Netz NRW) trägt erneut vor:

NRW hat bundesweit eine große Bedeutung für die Eine-Welt-Politik. Zum Teil wird hinter vorgehaltener Hand, zum Teil offen gesagt, dass NRW auch in den anderen Bundesländern ein Vorbild für die Eine-Welt-Politik ist und sie daher zum Leuchten bringen kann.

(Folie 10)

Das Aushängeschild der Eine-Welt-Politik in NRW ist das 1995 noch unter Johannes Rau ins Leben gerufene Promotor*innen-Programm. Seitdem haben es alle Landesregierungen unterschiedlicher Couleur gestärkt und weiterentwickelt, das heißt: Es gibt einen überparteilichen Konsens darüber, dass wir mit diesem guten Programm globale Themen und globale Herausforderungen auch in die Breite der Gesellschaft tragen können. Im Jahr 2013 dann haben alle anderen Bundesländer und die Bundesregierung das Programm eingeführt.

In NRW arbeiten aktuell 17 Promotor*innen nun einigermaßen flächendeckend über das ganze Land verteilt, wenn auch teilweise noch in zu großen Regionen. Ihre Arbeit wird bei speziellen Themen von ebenfalls 17 Fachpromotor*innen und sechs interkulturellen Promotor*innen unterstützt.

(Folie 11)

Der sehr starke Zuwachs von Engagierten in NRW in den vergangenen Jahren – die Zahl liegt wie gesagt bei 7.000 – hat sehr stark mit der Arbeit der Promotor*innen zu tun, die vor Ort gute Unterstützungsbedingungen und Anlässe vor allen Dingen für Engagement geschaffen haben. Wenn Engagement langfristig geschaffen und ausgeweitet werden soll, dann muss dieses Feld auch langfristig beackert werden. In diesem Sinne ist die Engagementförderung ein wirklich langfristiges Unternehmen. Es ist nicht sinnvoll, wenn Promotor*innen mal für ein Jahr oder für zwei Jahre irgendwo auftauchen und versuchen, Engagementwillige einzusammeln. Das funktioniert so nicht. NRW profitiert von den Strukturen, die über viele Jahre in all den Regionen aufgebaut worden sind.

(Folie 12)

Die vergangenen Jahre mit ihren verschiedenen großen Krisen haben auch gezeigt, wie wichtig die Arbeit der Promotor*innen als Kommunikatoren ist. Sie waren und sind diejenigen, die vielerorts die Diskursräume und die Anlässe geschaffen haben, um genau diese Probleme von „Klima“ über „Krieg“ und „Pandemie“ bis hin zu „globalen Ernährungskrisen“ zu diskutieren. Sie haben Möglichkeiten geschaffen, sich angesichts dieser komplexen Herausforderungen zu orientieren. Sie haben auch die Zuversicht geschaffen, dass jeder Einzelne etwas tun kann. Allein dieser Aspekt der Kommunikation zeigt die große Bedeutung von Promotor*innenarbeit in der heutigen Zeit der großen Transformation. Bekanntermaßen werden die an sie gestellten Anforderungen und Zumutungen vielen Menschen so langsam zu viel und zu groß. Wir glauben, dass solche Arten von Auseinandersetzungen vor Ort wirklich sehr wichtig sind.

Zum Schluss komme ich zu der Frage, wie es mit der Eine-Welt-Arbeit weitergeht. Sie befinden sich ja kurz vor Beginn der Haushaltsberatungen. Vor diesem Hintergrund sind meine Ausführungen natürlich auch eine Werberede für die Eine-Welt-Politik in NRW, das Engagement – dieses Pfund, mit dem NRW wuchern kann – trotz des Zwangs, Haushaltsmittel zu reduzieren, nicht zu schwächen. Es wäre leicht, das Engagement zu schwächen, aber schwierig, die Strukturen hinterher wieder aufzubauen. In diesem Sinne wünschen wir der Landesregierung und Ihnen als Landtag eine glückliche Hand und kluge Entscheidungen in den Haushaltsberatungen.

Stefan Engstfeld (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Projekt „Eine Welt schafft Meister*innen“, das Teil der Bildschirmpräsentation gewesen sei, und bittet um Erläuterung.

Berivan Aymaz (GRÜNE) bekräftigt, dass alle Anwesenden sehr genau um die besondere Bedeutung des Engagements des Eine Welt Netzes NRW gerade in schwierigen Zeiten wüssten. Der Appell bezüglich der Haushaltsberatungen und bereitzustellender Mittel sei bei ihr angekommen.

Im Zusammenhang mit der Schaffung einer neuen Promotor*innenstelle vor einem Jahr fragt sie, wie sich im Netzwerk die Zusammenarbeit mit Akteuren aus Migrantenselbstorganisationen entwickle, aus welchen Regionen diese kämen, welche Expertise sie einbrächten und welche besonderen Unterstützungsbedarfe beständen.

Im Kontext zu dem aktuell diskutierten EU-Lieferkettengesetz erkundigt sich **Josef Neumann (SPD)** danach, welche Konsequenzen das Land NRW respektive die Kommunen daraus für das öffentliche Beschaffungswesen ziehen müssten. Außerdem stelle er die Frage, wie sich auf lokaler Ebene von Projekten wie der Kampagne „Flucht, Migration und Entwicklung“ insbesondere vor dem Hintergrund der bestehenden Vertrauenskrise und der Frage nach nachhaltigen Lösungsansätzen noch mehr profitieren lasse.

Oliver Krauß (CDU) merkt an, dass sich durch den Überfall Russlands auf die Ukraine neue Betätigungsfelder für die Eine-Welt-Arbeit ergeben hätten und es infolgedessen zunehmend schwerfalle, den Begriff „Eine Welt“ allgemeingültig zu definieren. In diesem Zusammenhang spreche man mittlerweile eher von dem sogenannten globalen Süden statt vom globalen Süden. Aufgrund der neuen Herausforderungen stellten sich daher die Fragen nach der Notwendigkeit einer Neu-Definition von „Eine Welt“ und ob das Eine Welt Netz NRW sich neue Partner vorstellen könne.

Die anfängliche Skepsis seitens der Organisation zu Beginn der Zusammenarbeit mit der CDU geführten Landesregierung vor rund sechs Jahren unter anderem auch aufgrund einer angestrebten Evaluierung der Eine-Welt-Arbeit sei mittlerweile nicht mehr zu spüren. Das eine Welt Netz NRW habe durchaus die Kontinuität wahrgenommen, mit der die Landesregierung die bisherige Kooperation bis heute fortsetze. Eine große Bedeutung messe er dem gegenseitigen Dialog und dem gegenseitigen Verständnis füreinander bei.

Tatjana Hübner (Eine Welt Netz NRW) erläutert, bei dem noch bis Ende nächsten Jahres laufenden Bildungsprojekt „Eine Welt schafft Meister*innen“ gehe es nicht etwa um das Handwerk. Vielmehr wolle man durch die Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus dem Sport und der Eine-Welt-Arbeit – auch Schüler und junge Erwachsene würden dabei mit einbezogen – in den Bereichen „Sport und Entwicklung“ und „Sport und Menschenrechte“ Fuß fassen. Ebenso biete der Sport ideale Anknüpfungspunkte beim Thema „Nachhaltigkeit“. Die Fußballwelt- und -europameisterschaften sowohl der Frauen als auch der Männer sowie die damit einhergehende Öffentlichkeitswirksamkeit habe das eine Welt Netz NRW dazu genutzt, mit diesen Akteuren in Kontakt zu treten.

Die Frage der Abgeordneten Aymaz nach der Zusammenarbeit mit Vertretern aus Migrantenselbstorganisationen beantwortend, bekräftigt **Udo Schlüter (Eine Welt Netz NRW)**, dass solche noch ganz neuen Kooperationen tatsächlich bestünden, um über die Zielgruppe der Katholiken hinaus weitere Zielgruppen aus anderen sozialen Schichten anzusprechen. Dies gelinge, indem man gerade für engagierte junge Menschen mit Migrationshintergrund in Kooperation mit Freiwilligendiensten die Möglichkeit zu einem Auslandsaufenthalt in Staaten des globalen Südens schaffe. Oftmals handele es sich um die eigenen Herkunftsländer. Bedauerlich wäre es, wenn dieses noch ganz am Anfang stehende Engagement in der Migrationsgesellschaft aufgrund von finanziellen Einschnitten wieder eingestellt werden müsse.

Die Ausführungen ihres Kollegen ergänzend, greift **Tatjana Hübner (Eine Welt Netz NRW)** die Frage nach der Zusammenarbeit mit Akteuren in verschiedenen Bereichen und Regionen sowie nach der dazu genutzten Expertise auf. Durch das seit einigen Jahren laufende interkulturelle Promotor*innenprogramm sei es in den einzelnen Regierungsbezirken gelungen, den Nachholbedarf bei der Zusammenführung von Migrantinnen- und klassischen Eine-Welt-Organisationen zumindest teilweise zu decken. Einen limitierenden Faktor stellten die begrenzten finanziellen Ressourcen für weiteres Personal dar.

Udo Schlüter (Eine Welt Netz NRW) erinnert in Bezug auf das Thema „Beschaffungswesen“ daran, dass die damalige rot-grüne Landesregierung eine umstrittene gesetzliche Regelung für diesen Bereich geschaffen habe, die von der nachfolgenden Regierung dann wieder abgeschafft worden sei. Als Bestandteil der Zivilgesellschaft müsse seine Organisation die Rahmenbedingungen so hinnehmen. In Reaktion auf die politischen Entscheidungen habe das eine Welt Netz NRW das Projekt „Freiwillig fair“ ins Leben gerufen und werbe in den Kommunen bis heute erfolgreich für die freiwillige Einführung eines fairen Beschaffungswesens unabhängig von gesetzlichen Regelungen. Zuletzt sei diesbezüglich die Außer-Haus-Verpflegung in Kommunalgemeinschaftseinrichtungen als Projekt in den Fokus genommen worden.

Die grundsätzliche Arbeitsweise seiner Organisation bestehe darin, unter den gegebenen Umständen nach rationalen und humanitären Lösungen auch für Flucht- und Migrationsbewegungen im Rahmen der bestehenden Vertrauenskrise zu suchen. Dazu gehöre vor allem auch die Wissensvermittlung und Diskussion mit Menschen.

Nicht alle Eine-Welt-Initiativen seien aber einer Meinung, vielmehr herrsche eine Vielfalt an Sichtweisen. Einige forderten etwa, dass die Zuwanderung keine Begrenzung erfahren dürfe.

Auf die Frage des Abgeordneten Kraus nach neuen Partnerschaften eingehend, betont er den Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit einer NGO in der Ukraine. Diesen habe er Minister Liminski bereits mitgeteilt. Dabei bedürfe es der Unterstützung auch der Landesregierung, da Aufenthalte im Kriegsgebiet nicht so ohne Weiteres zu bewerkstelligen seien.

In Bezug auf die möglichen Auswirkungen neuer Betätigungsfelder auf die Definition des Begriffes „Eine Welt“ macht er deutlich, dass seine Organisation ausdrücklich keinen Teil der Welt ausklammere. Die Menschenrechte seien aufgrund ihrer universellen Gültigkeit unteilbar und zwar unabhängig von Ländern oder Kontinenten. Beim Begriff des globalen Südes etwa handele es sich lediglich um ein Konstrukt zur besseren Veranschaulichung bestehender Verhältnisse in einem Teil der Welt.

Tatjana Hübner (Eine Welt Netz NRW) beschreibt ergänzend die zunehmende Komplexität der Themen rund um die Eine-Welt-Arbeit. Das Eine-Welt-Verständnis ihrer Organisation sei allumfassend und müsse es auch sein, denn die immensen globalen Herausforderungen machten globale Lösungen erforderlich. Aufgrund dessen könne sich das Eine Welt Netz NRW überhaupt nicht auf einen Teil der Welt, zum Beispiel den sogenannten globalen Süden, beschränken. Immer deutlicher in den Vordergrund trete dabei das Thema „Demokratie“ – auch im Zusammenhang mit Europa. Mit Ländern im Nahen Osten bestehe dahin gehend schon zum Teil eine relativ gute Vernetzung.

Großes Interesse bestehe an einer guten Zusammenarbeit mit der Landesregierung, der Wirtschaft und der Politik. Nur gemeinsam sei man dazu der Lage, bestehende Probleme zu lösen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) dankt für die anhaltend gute Zusammenarbeit, die ihm sehr am Herzen liege. Die Arbeit des eine Welt Netzes werde nicht allein von der Landesregierung, sondern vom gesamten Landtag unterstützt, denn seine Arbeit stehe dem Land gut zu Gesicht.

Mit Blick auf die Verabschiedung des Haushaltes bestünden in der aktuellen Situation Zwänge, sodass er die Ergebnisse der Beratungen konkret noch nicht absehen könne. Wichtig sei es, gerade auch in Zeiten finanzieller Restriktionen ehrlich miteinander umzugehen.

3 Grenzüberschreitende Kooperationen Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden und Belgien auf den Gebieten „Bildung“ und „Kultur“ intensivieren und so den europäischen Zusammenhalt weiter stärken

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4371

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung am 25.05.2023)

Vorsitzender Stefan Engstfeld weist auf die getroffene Absprache hin, die nun vorliegenden Abstimmungsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse abzuwarten. Der Ausschuss für Schule und Bildung, der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie der Ausschuss für Kultur und Medien hätten dem Antrag der CDU zugestimmt.

Romina Plonsker (CDU) wirbt um breite Unterstützung für den Antrag, um die Euregio zu stärken. Akteure vor Ort hätten ihn positiv aufgenommen, da er ein wichtiges Thema aufgreife. Gerade Grenzräume böten durch das Aufeinandertreffen von verschiedenen Sprachen, Kulturen, Denkweisen und Historien vielfach Möglichkeiten und Chancen zur Innovation – für Unternehmen, Hochschulen, jeden Einzelnen, aber auch gesamte Gesellschaften. Ein wichtiger Punkt stelle unter anderem auch das gemeinsame Aufarbeiten der Vergangenheit dar.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) befürwortet die Zusammenarbeit mit den Niederlanden. Dort habe sich zu früheren Zeiten ein Ausbildungsregiment der Luftwaffe befunden, weshalb viele junge Soldaten aus Nordrhein-Westfalen in den Niederlanden positive Erfahrungen hätten sammeln können. Positiv zu bewerten bei mit Blick auf das Thema „Militär“ auch die beantragte Unterstützung der Kriegsgräberfürsorge. So würden gerade junge Menschen erfahren, dass Krieg kein Computerspiel ist, sondern mit Gewalt und Leid zu tun habe.

Allerdings dürfe bei der Setzung der richtigen Schwerpunkte innerhalb der Euregio nicht außer Acht gelassen werden, dass auch in Deutschland viele Probleme bestünden. Dies gelte es, bei den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen.

Berivan Aymaz (GRÜNE) hebt die beabsichtigte Stärkung der grenzüberschreitenden Kooperation mit den Niederlanden und Belgien in den Bereichen „Bildung“, „Spracherwerb“ und „Nachbarkultur“ hervor. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit sei dabei aufgrund der Berufspendler und des Fachkräftemangels auch die Anerkennung von Berufsabschlüssen.

Persönlich besonders am Herzen liege es ihr, die gemeinsame Erinnerungskultur als ein wirksames Instrument gegen faschistoide Tendenzen gerade in Zeiten der Wiedererstarkung von autokratischen Weltanschauungen voranzutreiben.

Inge Blask (SPD) signalisiert Zustimmung aufgrund der Wichtigkeit gerade des Themas „Bildung und Kultur“ im grenznahen Bereich von Deutschland, Belgien und den Niederlanden. Verstärkt müssten auch Jugendliche darin mit einbezogen werden.

Christof Rasche (FDP) macht deutlich, dass seine Fraktion die im Antrag formulierten Anliegen teile. Die Zusammenarbeit mit den Belgien und Niederlanden sei sinnvoll.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

4 Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich: mehr Substanz, weniger Marketing!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4589

(Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 14.06.2023)

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Wunsch der SPD-Fraktion, eine Anhörung von Sachverständigen in Präsenz durchzuführen. Auf einen Termin und die Zahl der Sachverständigen soll sich im Rahmen der Obleuterunde verständigt werden.

5 Ausschuss der Regionen

Vorsitzender Stefan Engstfeld ruft den Wunsch des Ausschusses nach einer regelmäßigen Berichterstattung durch die Landesregierung in Erinnerung.

StS Dr. Mark Speich (MBEI) berichtet:

Wir kommen zu einem Juwel der europäischen Institutionenlandschaft, nämlich dem Ausschuss der Regionen.

(Heiterkeit von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Für diejenigen, die mit der Institution vielleicht weniger vertraut sind: In der Folge des Maastrichter Vertrages ist der Ausschuss als eine beratende Institution eingerichtet und im Zuge des Vertrages von Lissabon mit weitergehenden Kompetenzen ausgestattet worden. Rechtliche Grundlage sind Art. 13 EU-Vertrag und Art. 305-307 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Derzeit hat er 329 Mitglieder. Er kann bis zu 350 Mitglieder haben, aber die ausgeschiedenen britischen Mitglieder sind nicht ersetzt worden; das wird erst im Zuge der nächsten Mandatsperiode geregelt werden. Von diesen 329 gehören 24 Mitglieder der deutschen Delegation an. Außerdem haben auch Frankreich und Italien 24 Mitglieder. Hinter diesen geht es gestaffelt herunter bis zu Malta mit fünf Mitgliedern.

Es gibt ein – ich glaube, das ist hier bekannt – aufwendiges Ernennungsverfahren. Im Falle der Mitgliedschaft der Landesregierung beginnt dieses mit dem Kabinettsbeschluss, im Falle des Landtags entsprechend mit dem Landtagsbeschlusses. Die Landesregierung meldet das Ergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz. Die Ministerpräsidentenkonferenz meldet dem Auswärtigen Amt. Das Auswärtige Amt informiert die Ständige Vertretung der Bundesrepublik, und dann erfolgt ein Beschluss eines Ministerrates.

(Heiterkeit von der CDU, den GRÜNEN und der FDP – Lutz Lienenkämpfer [CDU]: Dann beginnt die Neuwahl!)

Dies führt dazu, dass es manchmal etwas länger dauert, bis die Mitglieder tatsächlich benannt sind.

Grundsätzlich stehen jedem deutschen Bundesland ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied zur Verfügung. Den drei kommunalen Spitzenverbänden steht jeweils ein Mitglied zur Verfügung. Fünf weitere Mitglieder rotieren je nach Mandatsperiode unter den Bundesländern. Als Land Nordrhein-Westfalen sind wir in der glücklichen Situation, in der gegenwärtigen Mandatsperiode zwei ordentliche Mitgliedspositionen und zwei Stellvertretungen besetzen zu dürfen.

Wie Sie wissen, ist Herr Brockes ordentliches Mitglied für den Landtag, und für die Landesregierung nehme ich das Mandat wahr. Meine Stellvertretung hat – wir haben sozusagen über Kreuz besetzt – unser Finanzminister in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Landtags. Die Stellvertretung für Herrn Brockes hatte Herr Wedel

in seiner Eigenschaft als Staatssekretär, sodass diese Position momentan noch unbesetzt ist.

Der Ausschuss der Regionen ist ähnlich wie der Landtag in sechs Ausschüssen organisiert, die sich „Fachkommissionen“ nennen. Ich selbst hatte die Ehre, in der ersten Hälfte der Mandatsperiode der Vorsitzende der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen zu sein. Immer nach der Hälfte der Mandatsperiode erfolgt ein Wechsel. Genauso hatte ich für die erste Hälfte der Mandatsperiode den Vorsitz der deutschen Delegation inne. Diesbezüglich handelt es sich immer um einen parteipolitisch induzierten Wechsel, in diesem Fall zwischen den beiden großen Fraktionen im AdR. Für die erste Periode hatte die EVP und aktuell die Sozialdemokratische Fraktion mit Frau Ries aus dem Saarland den Vorsitz der deutschen Delegation inne. Das ist wichtig, da in den Delegationen immer das Antragswesen verhandelt wird. Das hat eine große Bedeutung.

Die entscheidende Möglichkeit des AdR besteht aus Stellungnahmen. Der AdR muss zu Themen verpflichtend gehört werden, die etwa Bildung und Ausbildung, insbesondere die Kohäsionen und die entsprechenden Fonds sowie die transeuropäischen Netze, also die Verkehrspolitik, betreffen. Es gibt außerdem Themen, bei denen das Anhören des AdR fakultativ möglich ist. Wann immer der Wirtschafts- und Sozialausschuss – das ist die andere beratende Institution – gehört wird, kann auch der AdR Stellung nehmen. Er kann auch aus eigener Initiative Position ergreifen. Diese Stellungnahmen sind zumindest innerhalb der europäischen Institutionen, also in Kommission und Parlament, zu berücksichtigen. Das allerdings lässt sich – wir haben es im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas thematisiert – institutionell sicher noch etwas festigen.

Ganz konkret zu der Arbeit: Ich habe in dem Berichtszeitraum drei Stellungnahmen übernommen, anhand derer man ganz gut sichtbar machen kann, wie man den Ausschuss der Regionen politisch nutzen kann. Die erste von mir übernommene Stellungnahme bezog sich auf die Zukunft der europäischen Kohleregionen, es ging also um Kohleregionen im Übergang. Kern dieser Stellungnahme war der Fonds für den gerechten Übergang, auf Englisch: Just Transition Fund. Das war eine Idee des polnischen Europa-Abgeordneten Jerzy Buzek, der frühere polnische Ministerpräsident. Er hatte den Gedanken, dass die Kohäsionsmittel immer retrospektiv wirken. Sie versuchen also, bereits existierende Ungleichheiten auszugleichen.

Das Problem der Kohleregionen in Europa ist, dass sie momentan zwar wirtschaftlich prosperierend sind, aber mit dem politisch gewollten Ausstieg aus der Kohleförderung und -verfeuerung erkennbar in eine wirtschaftlich herausfordernde Lage geraten werden. Eigentlich müsste man Mittel prospektiv einsetzen. Genau das soll dieser Fonds für den gerechten Übergang leisten, indem man also in Regionen investiert, die künftig von einer wirtschaftlichen Transformation betroffen sein werden. Als Jerzy Buzek diesen Fonds als Idee skizziert hatte, sollte er mit 4,8 Milliarden Euro ausgestattet werden. Er ist von der Kommission jedoch nicht aufgegriffen worden.

Diesen Fonds haben wir dann ins Zentrum der Stellungnahme aufgenommen und vor allen Dingen eine Allianz von 41 Kohleregionen in Europa organisiert. Damit haben wir uns für die Wiederaufnahme dieser Idee eingesetzt. Das ist erfolgreich

gewesen. Man kann das bis hinein in die Gesetzgebung verfolgen, in der diese Stellungnahme ausdrücklich als Ausgangspunkt zitiert wird. Schließlich ist dieser Fonds dann mit 17,5 Milliarden Euro ausgestattet worden, von denen Nordrhein-Westfalen 680 Millionen Euro erhält.

Das ist ein Weg, wie man im Europäischen Ausschuss der Regionen über Allianzbildung ein politisches Ziel tatsächlich erreichen kann.

Darüber hinaus habe ich mich zweitens mit der Stellungnahme zum europäischen Medienfreiheitsgesetz beschäftigt. Dieses Thema wurde erst kürzlich sehr intensiv diskutiert und ist auch noch nicht abgeschlossen. Derzeit werden die Stellungnahmen des Europäischen Parlaments finalisiert. Danach beginnt das Trilogverfahren. Für uns ist es von besonderer Bedeutung, weil es ein berechtigtes Anliegen gibt, nämlich der Einsatz für Medienfreiheit in Europa. Da die Kommission diesbezüglich keine Zuständigkeit hat, hat sie sich auf den Binnenmarkt, Artikel 114, gestützt und vor allen Dingen marktwirtschaftlich bzw. marktlich argumentiert.

Nun kommt das Medienthema in der deutschen Tradition aber nie nur in einer marktwirtschaftlichen bzw. marktlichen Perspektive vor, sondern hat immer auch eine demokratische und eine kulturelle Funktion. Die deutsche Medienordnung, die sich in vielem bewährt hat und die durch Staatsferne und den starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk geprägt ist, ist in diesem Entwurf der Kommission nicht ausreichend berücksichtigt worden. Es bestand die Gefahr, dass trotz des richtigen Ziels nachhaltige Kollateraleffekte auf unsere Medienordnung entstehen. Das haben wir in der Stellungnahme adressiert, und es wurde von der Bundesregierung auch berücksichtigt.

Ich selbst bin in die Ratsarbeitsgruppe eingeladen worden, konnte dort auch vortragen und habe die zuständige Kommissarin Frau Jourová getroffen. Es ist nun zu Änderungen gekommen, die zwar an dem Grundsatzziel festhalten, aber die deutsche Ausgangslage berücksichtigen, die auch in anderen Mitgliedsstaaten wahrgenommen und in unterschiedlicher Form geteilt wurde. Das Europäische Parlament hat diese Stellungnahme genutzt und einige dieser Anliegen weiterverfolgt, sodass wir die Interessen der deutschen Bundesländer über den AdR sehr stark mit begleiten konnten.

Verantwortlich war ich drittens auch für die Stellungnahme zum sogenannten Netto-Null-Industrieakt, auf Englisch: Net-Zero Industry Act. Das ist ein Ansatz der Europäischen Kommission, um bestimmte Genehmigungsverfahren für Industrien zu beschleunigen, die für das Vorantreiben der grünen Transformation genutzt und gebraucht werden. Einige Aspekte davon berühren explizit die Zuständigkeit der Bundesländer, unter anderem im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Es sollen Akademien geschaffen werden, die in den Bereich der beruflichen Weiterbildung hineinragen.

Wir fordern dabei eine entsprechende Berücksichtigung unserer Länderinteressen. Es ist uns ein Anliegen, diese Beschleunigung auf die gesamte Wertschöpfungskette auszudehnen und darauf zu achten, dass andere, parallel vorangetriebene EU-Gesetzgebungen die Ziele dieses Net-Zero Industry Acts nicht konterkarieren. Das sind Elemente dieser Stellungnahme, die im Juli verabschiedet worden ist. Insofern können sie noch rechtzeitig in die parlamentarischen Beratungen des Europaparlaments

aufgenommen werden. Ich hatte die Gelegenheit, diese Position im zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments noch einmal vorzutragen.

Es gibt noch eine andere Institution, auf die ich hinweisen möchte und die aus meiner Sicht gerade aus der Länderperspektive von sehr großer Bedeutung ist: die „Fit for Future“-Plattform. Das klingt zunächst mal etwas generisch, allerdings handelt es sich um die – wenn man so will – Normenkontroll- und Bürokratieabbau-Instanz der Europäischen Kommission. Sie besteht zu einer Hälfte aus technischen Experten und zur anderen Hälfte aus nationalen Delegationen, also Vertretungen der nationalen Regierungen. Zudem sind drei Mitglieder des Ausschusses der Regionen Mitglied dieser „Fit for Future“-Plattform. Ich bin eines dieser drei Mitglieder. Sie steht unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, und soll Erfahrungen im Vollzug von EU-Gesetzgebungen in die Agenda für bessere Rechtsetzung der EU integrieren.

Ein Grundproblem der EU-Institutionen ist es, dass sie sehr weit weg vom eigentlichen Gesetzesvollzug sind und oft nicht genau im Blick haben, welche Erfahrungen und zum Teil auch Probleme beim Vollzug von EU-Gesetzgebungen entstehen. Der Gedanke hierbei ist, dass wir diese praktischen Erfahrungen in die Verbesserung von EU-Gesetzgebungen integrieren. Aus meiner Sicht ist das wirklich ein kluges Konzept.

Das Arbeitsprinzip besteht auch darin, dass es Stellungnahmen und Berichterstattungen gibt. Bei einer Stellungnahme zum europäischen Vergabesystem ging es darum, gerade die elektronischen Vergaben auf Grundlage der von uns in der Praxis gesammelten Erfahrungen noch besser zu machen. Das Zweite war die – übersetzt würde man sagen – Altautorichtlinie, also das Recycling von Fahrzeugen. Diesbezüglich will man zu besseren Abgrenzungen kommen: Was ist eigentlich ein Gebrauchtwagen? Was ist ein Auto am Ende des Lebenszyklus? Es gibt enorme bürokratische Hürden bei der Beschleunigung dieses Prozesses, dass diese Autos also entweder recycelt oder abgewrackt werden können.

Das ist sehr technisch. Auch in diesem Fall konnten wir wiederum die sehr praktische Erfahrung im Vollzug an Brüssel zurückspielen. Dabei spielt etwas anderes eine Rolle, nämlich das sogenannte Regional Hub Network. Es ist ein Netzwerk von rund 40 Regionen in Europa, in denen wir regelmäßig Befragungen zu bestimmten Rechtsmaterien der EU durchführen.

Die Kommission definiert, was sie interessiert. Gerade Beschaffungsfragen bzw. öffentliches Beschaffungswesen spielen eine große Rolle. Wir organisieren dann Befragungen, um ein Feedback auf regionaler Ebene zu erhalten, das der Europäischen Kommission bei der Rechtsetzung helfen kann. Dieses Regional Hub Network – Nordrhein-Westfalen war Gründungsmitglied – ist in die Agenda für bessere Rechtsetzung und in die „Fit for Future“-Plattform integriert. Insofern spielt es eine hilfreiche und wichtige Rolle.

Letzter Berichtspunkt ist – ich will es jetzt nicht zu sehr ausdehnen – die Konferenz zur Zukunft Europas. Diese war sicherlich ein einmaliges Momentum. Die Konferenz wurde von der Präsidentin der Europäischen Kommission mit starker Unterstützung des französischen Staatspräsidenten ins Leben gerufen bzw. annonciert und hatte

das Ziel, unter starker Bürgerbeteiligung einen Zukunftsentwurf für die Europäische Union zu erarbeiten. Ich als eines der Delegationsmitglieder des Ausschusses der Regionen hatte die Ehre, daran mitzuwirken.

Im Abschlussbericht finden sich insgesamt 49 Felder, in denen konkrete Entwicklungen für die Europäische Union empfohlen werden. Einige davon erfordern Vertragsänderungen; das ist sozusagen die hohe Hürde. Andere lassen sich auch im Wege der einfachen Gesetzgebung umsetzen; daran wird momentan gearbeitet. Ein Element dabei ist die Stärkung des Ausschusses der Regionen. Es geht also darum, ihn überall dort, wo territoriale Fragen bzw. Fragen der regionalen Betroffenheit eine Rolle spielen, noch stärker in den Gesetzgebungsprozess einzubinden und dabei insbesondere auch die interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen Europäischem Parlament und Europäischem Ausschuss der Regionen zu stärken. Wir arbeiten gerade an einer neuen Kooperationsvereinbarung, die das noch stärker verklammern soll.

Josef Neumann (SPD) fragt danach, wie sich der Netto-Null-Industrieakt auf die Arbeitsweise der Industrie bzw. der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auswirken werde und ob sich der AdR mit Blick auf die Europawahlen damit auseinandergesetzt habe, wie man der Wahlmüdigkeit entgegenwirken könne.

StS Dr. Mark Speich (MBEI) hebt die die Erleichterung, die das sogenannte One-Stop-Shop-Prinzip als entscheidendes Element im Rahmen des Netto-Null-Industrieaktes bewirke, hervor. Definierten Industrien angehörende Unternehmen könnten künftig auf eine einzige Behörde zurückgreifen, um alle für ein industrielles Projekt erforderlichen Genehmigungen einzuholen. Somit würden unterschiedliche Einrichtungen auf unterschiedlichen Ebenen überflüssig.

Die Europawahlen spielten für den Ausschuss der Regionen tatsächlich eine Rolle, da dieser Möglichkeiten habe, auf die regionale Ebene zu wirken. Deshalb stehe er bei der Organisation von dortigen Veranstaltungen zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit im engen Austausch mit dem Europäischen Parlament. Dafür würden auch zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Auf die Historie des Ausschusses der Regionen aus nordrhein-westfälischer Perspektive beziehend, erläutert **Vorsitzender Stefan Engstfeld** das Zustandekommen der von StS Dr. Speich beschriebenen personellen Konstruktion. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Manfred Dammeyer sei aus seiner Funktion als Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten im Kabinett Rau heraus im Jahr 1998 Präsident des Ausschusses der Regionen geworden. Wenig später habe er das Amt des Fraktionsvorsitzenden der SPD übernommen und sein Ministeramt abgegeben. Um seine Präsidentschaft im AdR aufrechterhalten zu können, sei die bis heute gültige Vereinbarung getroffen worden, dass ein Mitglied des AdR aus der Landesregierung, also der Exekutive, und eines aus dem Parlament, also der Legislative, komme, sofern auf NRW zwei ordentliche Mitglieder entfielen.

6 Israelreise vom 2.–4. Juli 2023 (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** berichtet:

Ich will gerne die Tradition fortsetzen, dass wir in diesem Ausschuss zu Auslandsreisen berichten. Das will ich gerne auch zur jüngsten Reise nach Israel tun. Anlass der Reise war die offizielle Eröffnung der neuen Räumlichkeiten unseres Landesbüros. Es gab zahlreiche Gäste, zumeist Kooperationspartner des Landesbüros. Wir haben das für einen Outreach genutzt.

Die neuen Räumlichkeiten sind sehr viel besser als die bisherigen geeignet, um die Arbeit zu unterstützen, für die dieses Landesbüro einmal eingerichtet worden ist: nämlich in Tel Aviv bzw. Israel ein „Treffpunkt NRW“ zu werden. Veranstaltungsräumlichkeiten erleichtern die Organisation deutlich, gerade bei den üblichen Formaten in der Größenordnung zwischen 50 und 70 Personen. Auch die entsprechenden Büroräumlichkeiten liegen alle beisammen.

An diesem Abend waren Kooperationspartner quer durch die Gesellschaft zugegen: Partner aus der Wirtschaft, der Filmindustrie, der Gedenkarbeit, den Stiftungen sowie Künstler; alle, mit dem unser Büro im Austausch steht. Insofern war es ein gelungener Start für die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Räumlichkeiten.

Ich habe die Reise natürlich auch genutzt, um andere Akzente im Sinne der Agenda der Landesregierung zu setzen. Zum einen ging es mir darum, eine Stetigkeit in etwas zu bringen, was schon bei der Reise des Ministerpräsidenten im März 2022 gestartet worden ist: unser Projekt „Go Israel“ im Zusammenhang mit dem Handwerk NRW; damals stellvertretend von Herrn Speich, da der Ministerpräsident aus bekannten Gründen nicht alle Termine selber wahrnehmen konnte und die Reise verlängern musste. Im Rahmen dieser Kooperation wollen wir es ganz bewusst ermöglichen, dass der Austausch mit Israel nicht einzig Studierenden und Wissenschaftlern vorbehalten bleibt, sondern auf andere Bereiche ausgedehnt wird.

Wir können im Bereich „Handwerk“ – Stichwort „Wasserwirtschaft“ und andere Dinge – eine ganze Menge von Israel lernen. Ich habe dort einige junge Handwerker getroffen. Es war sehr beeindruckend, zu hören, was sie dort in ihrer Aufenthaltszeit so lernen können.

Zum anderen habe ich die Reise für einige politische Gespräche genutzt. Sie wissen alle und verfolgen es sicherlich, dass die politische Lage in Israel momentan sehr bewegt ist. Dementsprechend war es mein Anliegen, sowohl mit Vertretern der Regierungsseite als auch der Opposition zusammenzukommen. Ich habe mich darauf vorbereitet, indem ich am Vorabend der Gespräche den ehemaligen israelischen Botschafter in Berlin, Herrn Issacharoff, und einige andere Experten getroffen habe.

Die Gespräche auf der Regierungsseite umfassten zum einen den Wirtschaftsminister Herrn Barkat, der ein sehr interessanter Gesprächspartner ist, alldieweil er sehr konkret wird, wenn es um die Frage von Kooperationen geht. Wir haben dort Kooperationen etwa im Bereich der Gesundheitswirtschaft in den Blick genommen. Es könnte sogar in diesem Jahr noch ein Gegenbesuch anstehen. Bei der Kooperation gibt es viel gegenseitiges Potenzial, etwa der gesamte Bereich „Health Tech“,

also das Zusammenbringen des israelischen Know-hows in den Bereichen „Start-ups“ und „digitale Lösungen“ mit unserem Know-how in der Gesundheitsökonomie.

Ein zweiter Gesprächspartner auf der Regierungsseite war der Minister für strategische Angelegenheiten, Herr Dermer, der ein enger Vertrauter des Ministerpräsidenten ist. Herr Dermer ist für, wie der Titel schon sagt, strategische Angelegenheiten zuständig. Das sind die von der Regierung angeschobenen Großprojekte. Ein sehr starker Fokus liegt dabei auf den außenpolitischen Partnerschaften, die für Israel eine große Relevanz haben, aber auch auf dem Thema der sogenannten Abraham Accords, also die Partnerschaft mit indirekten Anrainern. Darüber und auch über die das Land momentan sehr umtreibende Justizreform haben wir sehr vertiefend diskutiert – damals noch vor den ersten Entscheidungen in der Knesset, die zwischenzeitlich gefallen sind. Es war mir ein Anliegen, dem Minister die Sorge klarzumachen, mit der wir dies verfolgen. Zudem war es mir wichtig, klarzumachen, dass es keine Frage von Mögen oder Nicht-Mögen ist, wenn Kritik und Fragen geäußert werden, sondern dass alles aus einer großen Wertschätzung für die israelische Demokratie heraus stattfindet.

Das war auch ein Kernthema meines Austauschs mit dem Abgeordneten Herrn Barak von der Oppositionspartei bzw. aus dem Oppositionslager in der Knesset, der die gesamten Themen natürlich aus einer anderen Perspektive beleuchtet hat. Er gilt als einer der möglichen Anwärter im Zuge von künftigen Wahlen und hat mir sozusagen die geeinigte Sicht der Opposition auf diese Dinge geschildert.

Israel durchlebt sehr bewegende Zeiten, außenpolitisch ja immer, gerade aber auch innenpolitisch. Der Charakter als liberales, offenes, überwiegend säkulares Land ist momentan – das muss man so sagen – durchaus bedroht. Ich habe großes Vertrauen in die demokratischen Kräfte dort, aber gerade weil die Konflikte über viele Jahre gegoren sind, bemerkt man bei den handelnden Akteuren mitunter einen ganz tief sitzenden Frust, der auch dazu führt, großen öffentlichen Widerstand durchaus länger aushalten zu können. Mir zeigt dies, dass die in einer offenen Demokratie üblichen Gesetze diesbezüglich nicht ganz so schnell greifen, wie man es sich ansonsten vorstellen oder wünschen würde. Vielmehr wird diese Diskussion noch andauern. Insofern werden wir sehen, ob es tatsächlich bei diesen ersten Schritten der nun eingeleiteten großen Justizreform bleibt.

Das Bild ist mitunter deutlich differenzierter, als es in der medialen Darstellung in Deutschland erscheint. Es gibt entlang der Grenzen zwischen Regierung und Opposition kein einfaches Dafür und Dagegen. Auch in der Opposition gibt es durchaus große Unterstützung für Teile der Justizreform, denn die Notwendigkeit wird parteiübergreifend schon seit Längerem gesehen. Das macht die Diskussion darüber aber auch so schwierig.

Man muss an dieser Stelle mit einigen Parallelen aufräumen, die zum deutschen Justizsystem gezogen werden und mit denen man mitunter etwa die Frage der Richterwahl gerechtfertigt. Vom Regierungslager wurde mir immer gespiegelt, es sei doch alles so wie bei uns, insofern wisse man überhaupt nicht, warum das kritisiert werde. Das konnte ich aufgrund meiner Erfahrung im Bundesrat über die Wahl von Verfassungsrichtern zum Glück widerlegen. Es mag nur ein kleiner Beitrag gewesen

sein. Da man aber um die besonderen Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Israel weiß – das ist dort tatsächlich sehr präsent –, wird es durchaus wahrgenommen, wenn dazu nicht nur auf der Bundesebene und nicht nur von den regierungstragenden Parteien der Bundesregierung etwas gesagt wird, sondern auch von Vertretern auf der Landesebene, die noch dazu auch parteipolitisch bei uns einem anderen Teil des Spektrums angehören. Dementsprechend haben wir das eingeordnet. Ich wurde ständig von der Botschaft begleitet, mit der wir die Reise natürlich eng abgestimmt haben.

So viel zum politischen Teil der Reise. Ich belasse es dabei, weil ich die israelische Position nicht noch viel ausführlicher beleuchten will. Abschließend will ich aber auf einen weiteren wichtigen Teil der Reise eingehen, nämlich den Besuch in Yad Vashem. Es war mir persönlich ein großes Anliegen, unsere Partnerschaft als Landesregierung und als Land Nordrhein-Westfalen mit der Gedenkstätte Yad Vashem weiterzuentwickeln. Dies ist eine parteiübergreifende Tradition bei uns in Nordrhein-Westfalen. Alle Ministerpräsidenten haben das vorangetrieben.

Die seinerzeit unter der Regierung Kraft geschlossene Absichtserklärung mit Yad Vashem – als Landesregierung, nicht als einzelnes Fachressort – gilt bis heute als mustergültig und auch für andere Länder als vorbildlich. Wir werden sie im kommenden Jahr fortschreiben, vertiefen und verbreitern.

Die Gruppen aus Nordrhein-Westfalen nehmen dort einen großen Raum ein und werden von den dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen sehr geschätzt. Insofern wollen wir versuchen, den Bereich über Lehrer und Staatsanwälte hinaus gegebenenfalls auch auf andere Zielgruppen auszuweiten – das alles im Rahmen des finanziell und organisatorisch Möglichen. Auch für Yad Vashem sind die Kapazitäten vor Ort begrenzt.

Diese Fortschreibung unserer Absichtserklärung vorzubereiten und mit den Kolleginnen und Kollegen dort vorzubesprechen, ist das eine Anliegen gewesen. Das andere Anliegen war Folgendes: Ich habe für Nordrhein-Westfalen die Bereitschaft erklärt, dass wir gerne Standort des neuen Yad Vashem Education Centre wären. Es ist seitens Yad Vashem geplant, eine solche Einrichtung erstmals außerhalb von Jerusalem und von Israel zu gründen, nämlich in Deutschland. Man ist dazu in Gesprächen mit der Bundesregierung. Es gibt noch keinen formulierten Prozess, deswegen haben wir sehr früh den Fuß in die Tür gestellt, wenn ich das mal so sagen darf. Ich habe es dem Vorstandsvorsitzenden Dani Dayan vorgetragen und dort und natürlich auch bei der Bundesregierung schriftlich hinterlegt, dass wir als Land Nordrhein-Westfalen mit Blick auf unsere besondere Tradition der Zusammenarbeit mit Yad Vashem und zu diesem Thema gerne Standort für dieses Education Centre wären.

Das wäre auch für unsere Gedenk- und Bildungsarbeit in diesem Bereich ein wichtiger Baustein. Ich habe auch klargemacht: Wir verbinden dies zudem mit der Zusage, eine Entscheidung natürlich nicht nur entgegenzunehmen, sondern unsererseits zu unterstützen. Ob es am Ende auf Nordrhein-Westfalen hinausläuft, werden wir sehen. Ich bin mit den entsprechenden Kollegen aus der Bundesregierung

verabredet. Es besteht die Offenheit dafür, dass es nicht in Berlin sein muss. Ich informiere Sie gerne darüber, dass wir dies nun entsprechend vorantreiben.

Der dritte Punkt im Hinblick auf die Reise war der Besuch des Museums und der Gedenkstätte meinerseits und somit die Fortsetzung der entsprechenden Tradition. Soweit mein Überblick zu den Aktivitäten im Rahmen dieser komprimierten und fokussierten Reise.

Berivan Aymaz (GRÜNE) misst dem politischen Austausch mit Israel gerade auch in ihrer Funktion als Vorsitzende der Parlamentariergruppe „NRW–Israel“ einen hohen Stellenwert für den Erhalt und die Stärkung demokratischer Strukturen bei. Angesichts der aktuellen Veränderungen werde es für Israel nicht einfach sein, auch zukünftig gute Voraussetzungen für eine Kooperation zu schaffen.

NRW müsse darüber hinaus auch den Austausch mit der israelischen Zivilbevölkerung intensivieren und Solidarität mit ihr bekunden. Durch ihren unermüdlichen Protest kämpfe diese seit Monaten für die Demokratie. Einen derartigen Einsatz finde man in dieser Region der Welt sonst nirgendwo.

Die Idee, das Yad Vashem Education Centre in NRW anzusiedeln, unterstütze sie leidenschaftlich. Da in ihrer Heimatstadt Köln die diplomatischen Beziehungen mit Israel ihren Anfang genommen hätten und auch über die bestehende Städtepartnerschaft mit Tel Aviv-Yafo intensiviert worden sei, liege die Stadt als geeigneter Standort auf der Hand.

Minister Liminski bitte sie darum, den Ausschuss für Europa und Internationales über den Verlauf der entsprechenden Gespräche auf dem Laufenden zu halten und bei Gelegenheit auch über die weiteren Entwicklungen in der Kooperation mit Yad Vashem im Allgemeinen zu berichten.

Josef Neumann (SPD) möchte von Minister Liminski wissen, wie sich die im Rahmen der Justizreform noch zu fällenden Beschlüsse auf Israel auswirkten. Auch in europäischen Ländern habe es vergleichbare Entwicklungen mit politischen Konsequenzen innerhalb der EU gegeben. Wenn sich die Rechtsstaatlichkeit in Gefahr befinde, sei Handlungsbedarf geboten.

Den Nahostkonflikt ansprechend, richte er außerdem die Frage an den Minister, welchen Beitrag das Büro des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel zur Friedensarbeit auf palästinensischer Seite leiste. Zur Lösung des Konflikts sei es von entscheidender Bedeutung, allen betroffenen Menschen eine Perspektive zu bieten und deren Lebenssituation zu verbessern.

Schließlich bitte er den Minister um Auskunft darüber, ob Überlegungen bestehen, vergleichbare Büros auch in anderen Staaten zu eröffnen bzw. ob Gründe dagegen sprächen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) macht in Bezug auf die Standortsuche für das Yad Vashem Education Centre deutlich, dass man sich bei der möglichen Ansiedlung in Nordrhein-Westfalen noch ganz am Anfang des Prozesses befinde. Dennoch sei es

ihm wichtig gewesen, das Interesse des Landes bereits zu diesem frühen Zeitpunkt deutlich zu bekunden, denn das Centre brächte einen großen Mehrwert für NRW als Bundesland mit ohnehin guten Voraussetzungen. So könnte etwa im Falle eines Zuschlags die Bildungs- und Holocaust-Gedenkarbeit mit Yad Vashem ausgeweitet und Kosten gleichzeitig verringert werden. Bereits gegenwärtig halte eingeflogenes Lehrpersonal aus Israel Vorlesungen zum Beispiel an der Polizeihochschule, um möglichst vielen Absolventinnen und Absolventen das entsprechende Wissen ohne die Notwendigkeit eines Aufenthaltes in Israel selbst zu vermitteln.

Die Bundesregierung habe bislang eher verhalten auf seinen Vorstoß reagiert, weshalb ein etwaiges positives Signal zugunsten von NRW unabhängig von dem konkreten Standort als Erfolg bewertet werden müsse. Auf der Habenseite bei der Suche nach einem geeigneten Standort könne die Landesregierung sicherlich die klare Haltung und guten Beziehungen zu Israel anführen. Die endgültige Entscheidung träfen letztlich Bundesregierung und Yad Vashem gemeinsam.

Auf die Fragen des Abgeordneten Neumann zum Büro des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel eingehend, hebt er die ihm zufolge bestehende Bandbreite an Aktivitäten hervor. Themen seien unter anderem kommunale Partnerschaften in den Bereichen „Wasserwirtschaft“, „Digitalisierung“ und „Denkmalschutz“. Die Anstrengungen der Vergangenheit, Kontakte zu knüpfen, zahlten sich nun für das Land NRW aus.

Bei den Bemühungen, einen Beitrag zur Lösung des Nahostkonfliktes zu leisten, spiele das Büro des Landes durchaus eine Rolle. Allerdings trete es nicht in den Palästinensergebieten selbst bzw. mit diesbezüglichen Aktivitäten in Erscheinung. Genau darauf zu achten, gebiete die Diplomatie. Gleichwohl bestünden kommunale Partnerschaften mit den Palästinensergebieten, die teilweise auch Bestandteil des Koalitionsvertrages seien.

Seitens der Landesregierung bestünden keine konkreten Planungen, derartige Büros in anderen Staaten zu eröffnen.

7 Wie steht die Landesregierung zum Europäischen Lieferkettengesetz? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1498

Josef Neumann (SPD) fragt die Landesregierung, wie sie die Umsetzung des Lieferkettengesetzes aus nordrhein-westfälischer Sicht bewerte und begleite, nachdem es die ersten Hürden im europäischen Parlament genommen habe. Auch bei der öffentlichen Beschaffung gehe es schließlich um Fragen der Wertschöpfung, der Klimaneutralität, des Umweltschutzes und der Menschenrechte, wie sie bereits im Gespräch mit dem Eine Welt Netz NRW zur Sprache gekommen seien.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) verweist mit Blick auf die grundsätzliche Position der Landesregierung auf den vorgelegten schriftlichen Bericht.

Bei der Umsetzung bestehe die Sorge, dass EU-Regelungen deutlich über solche auf Bundesebene hinausgehen und so Unternehmen über Gebühr belasten könnten. Das gemeinsame Ziel müsse es daher sein, Regelungen so zu treffen, das Unternehmen sie beachteten und nicht zu umgehen versuchten.

Bei der Gestaltung des Lieferkettengesetzes bringe sich die Landesregierung im Rahmen des üblichen Verfahrens ein. Darüber hinausgehend teile der Europa-Abgeordneten Axel Voss aus Bonn, der das Dossier mit verhandele, die differenzierte Sichtweise des Landes zu großen Teilen und könne diese in die Triloggespräche einbringen. Deren Ergebnisse indes seien noch nicht absehbar.

8 Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung bisher unternommen, um die bilateralen Beziehungen mit neuen und langjährigen Partner/innen des Globalen Südens weiter zu stärken und auszubauen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1484

Der vorgelegte Bericht stelle eine sehr gute Übersicht zu den Partnerländern und Projektpartnern dar, schildert **Inge Blask (SPD)**. Sie bitte um Informationen dazu, anhand welcher Verfahren die Landesregierung Projekte und Partnerländer des globalen Südens auswähle und welche eventuell strategisch relevanten Erfahrungen die Landesregierung bei einem Pilotprojekt mit Jordanien und in Ägypten zum Thema „Fachkräfteeinwanderung“ gesammelt habe.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) erkundigt sich in Zusammenhang mit den Ostasienprojekten nach den konkreten Hintergründen zum International Dance Art Market in Busan, Korea.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) weist darauf hin, dass die Landesregierung bei ihren Partnerschaften und Projekten insgesamt auf eine konsequent anzuwendende Systematik Wert legt, um einen anwachsenden Wildwuchs im Bereich der Förderungen zu vermeiden. Aufgrund limitierter Landesfördermittel seien Priorisierungen zwingend erforderlich, denn schließlich gehe es um die Verwendung von Steuergeldern.

Partnerschaften müssten grundsätzlich immer in beiderseitigem Interesse sein. Die Frage nach der Auswahl von Partnern könne lediglich exemplarisch, etwa anhand der Partnerschaft mit Ghana, beantwortet werden, da die individuellen Hintergründe vielfältig seien. Unter den deutschen Bundesländern habe insgesamt die Tendenz zu mindestens einer solchen Kooperation in Afrika bestanden. Für NRW sei Ghana aufgrund vieler gewerkschaftlicher Beziehungen und kirchlicher Entwicklungsprojekte naheliegend gewesen. Auch in anderen Regionen der Welt bestünden solche weitgreifenden Gemeinsamkeiten, die die Basis von Regionalpartnerschaften sein könnten. In anderen Fällen böten sich hingegen viel eher monothematische Fachpartnerschaften auf Ebene von Hochschulen, Unternehmen oder einzelner Fachressorts an.

In den Fokus nehme die Landesregierung auch die Regionalpartnerschaften, bei denen es schon längere Zeit nicht mehr zu Aktivitäten gekommen sei, und ebenso solche, die besser in der Obhut eines Fachressorts aufgehoben wären.

Die Projektpartnerschaft mit Jordanien und Ägypten zum Thema „Fachkräfte“ stelle eine der größten und aufgrund ihrer Komplexität nicht kurzfristig zu lösenden Herausforderungen der kommenden Jahre in den Mittelpunkt. Alle Ressorts seien dazu angehalten, ihren Lösungsbeitrag im Hinblick auf den Fachkräftemangel zu leisten. Im Rahmen der im Mai gelaunchten Fachkräfteoffensive der Landesregierung gehe es seinem Ministerium in Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Sozialministerium

darum, aufzuzeigen, wie und wo die Fachkräfteanwerbung besonders gut gelingen könne. Als klassisches Pilotprojekt diene es vor allem dazu, mustergültige Abläufe zu entwickeln und anschließend in der Breite auszurollen, um so die Möglichkeiten des neuen Fachkräftezuwanderungsgesetzes der Bundesregierung bestmöglich zu nutzen.

In Erwiderung auf die Frage des Abgeordneten Zerbin beschreibt **StS Dr. Mark Speich (MBEI)** das Busan International Dance-Festival als das wichtigste Tanzfestival in Korea und eines der wichtigen Tanzfestivals im gesamten asiatischen Raum. Im konkreten Fall gehe es um die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen durch die Teilnahme eines Vertreters aus NRW an dieser Veranstaltung. Gefördert würden nämlich auch kulturelle Beziehungen.

9 Verschiedenes

hier: **Restrukturierung der europäischen Fördersysteme**

Inge Blask (SPD) konstatiert, dass die Europäische Kommission ihren Finanzrahmen neu abgesteckt habe, und möchte von der Landesregierung wissen, ob diese im Zuge dessen ihren eigenen Finanzrahmen im Bereich der europäischen Förderung zu verändern gedenke.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) sieht nicht die Möglichkeit einer umfassenden, sondern nur einer beispielhaften Beantwortung dieser Frage. So ordne Minister Laumann die verfügbaren Mittel im Bereich des Europäischen Sozialfonds entsprechend den Vorgaben der Landesregierung, um die 60.000 Menschen in NRW ohne Schulabschluss noch stärker als bisher auf lokaler Ebene beruflich zu fördern und zu vermeiden, dass diese sofort nach Ende ihrer Schullaufbahn auf Transferleistungen angewiesen seien. Insofern handele es sich in der Tat um eine Art Restrukturierung der europäischen Fördersysteme gemäß den Prioritäten der Landesregierung. Analog dazu verfolge Ministerin Neubaur bezüglich des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung den Plan, die Wirtschaftsförderung im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung entsprechend anzupassen.

Mit dem Mid-term Financial Review der Europäischen Kommission, so **StS Dr. Mark Speich (MBEI)**, werde das gesamte Budget noch einmal einem Begutachtungsprozess unterzogen, was auch die Kohäsionsmittel umfasse. Dabei sollten die digitale und die grüne Transformation berücksichtigt werden. Momentan noch wirtschaftlich prosperierende Regionen würden künftig in besonderer Weise von der Transformation herausgefordert. Mittel des europäischen Fonds könnten bereits jetzt zur Unterstützung dieses Prozesses genutzt werden. NRW und auch andere Bundesländer hätten an Letzterem ein besondere Interesse.

gez. Stefan Engstfeld (GRÜNE)
Vorsitzender

3 Anlagen

07.09.2023/11.09.2023

Wissenschaft für globales Gemeinwohl

Entwicklung, Nachhaltigkeit, Zukunft

Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge

18.08.2023



IDOS...



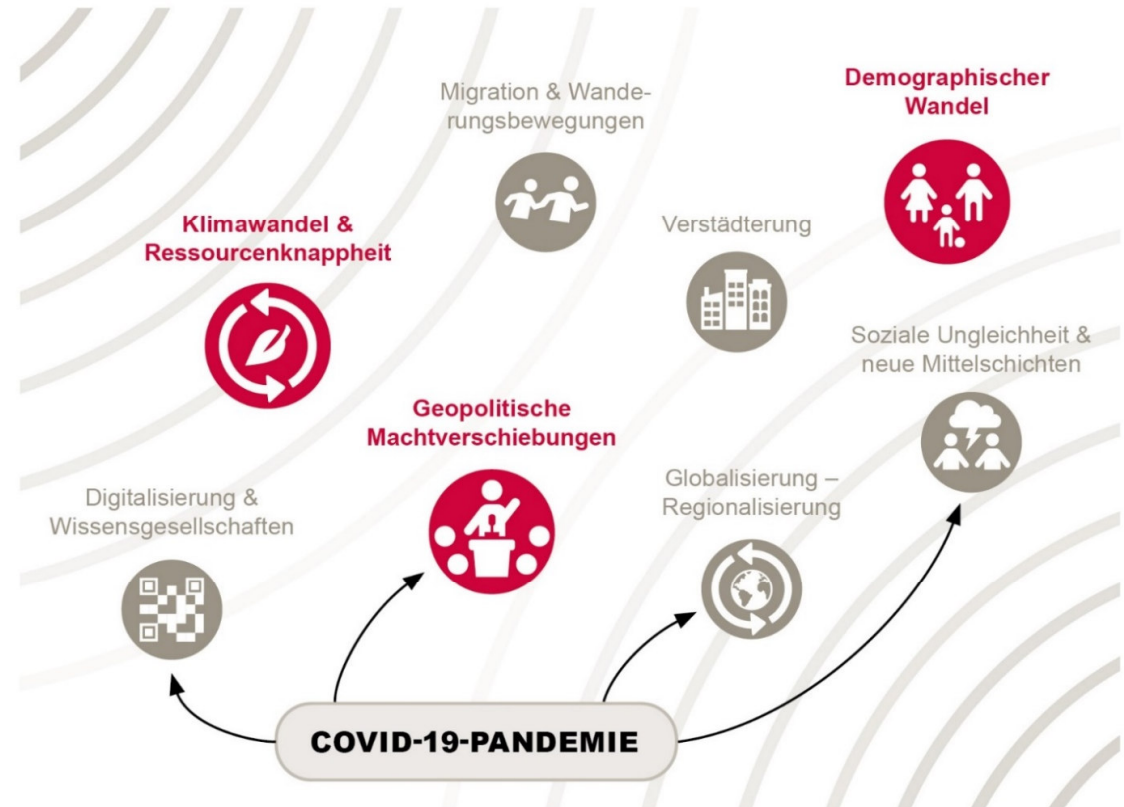
- ... **Wissenschaftliches Institut und Think Tank**
- ... **1964 gegründet** als Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE); 2022 umbenannt
- ... unabhängige **Forschung**, wissenschaftlich-basierte **Politikberatung** & postgraduale **Ausbildung**
- ... zu **nachhaltiger Entwicklung**, **internationaler Kooperation** und **globalem Gemeinwohl**
- ... **öffentlich gefördert** durch Bundesrepublik Deutschland, Land NRW und Drittmittel versch. Forschungsförderer
- ... von einem **Kuratorium** beaufsichtigt und einem **Internationalen Wissenschaftlichen Beirat** beraten



Globale Megatrends



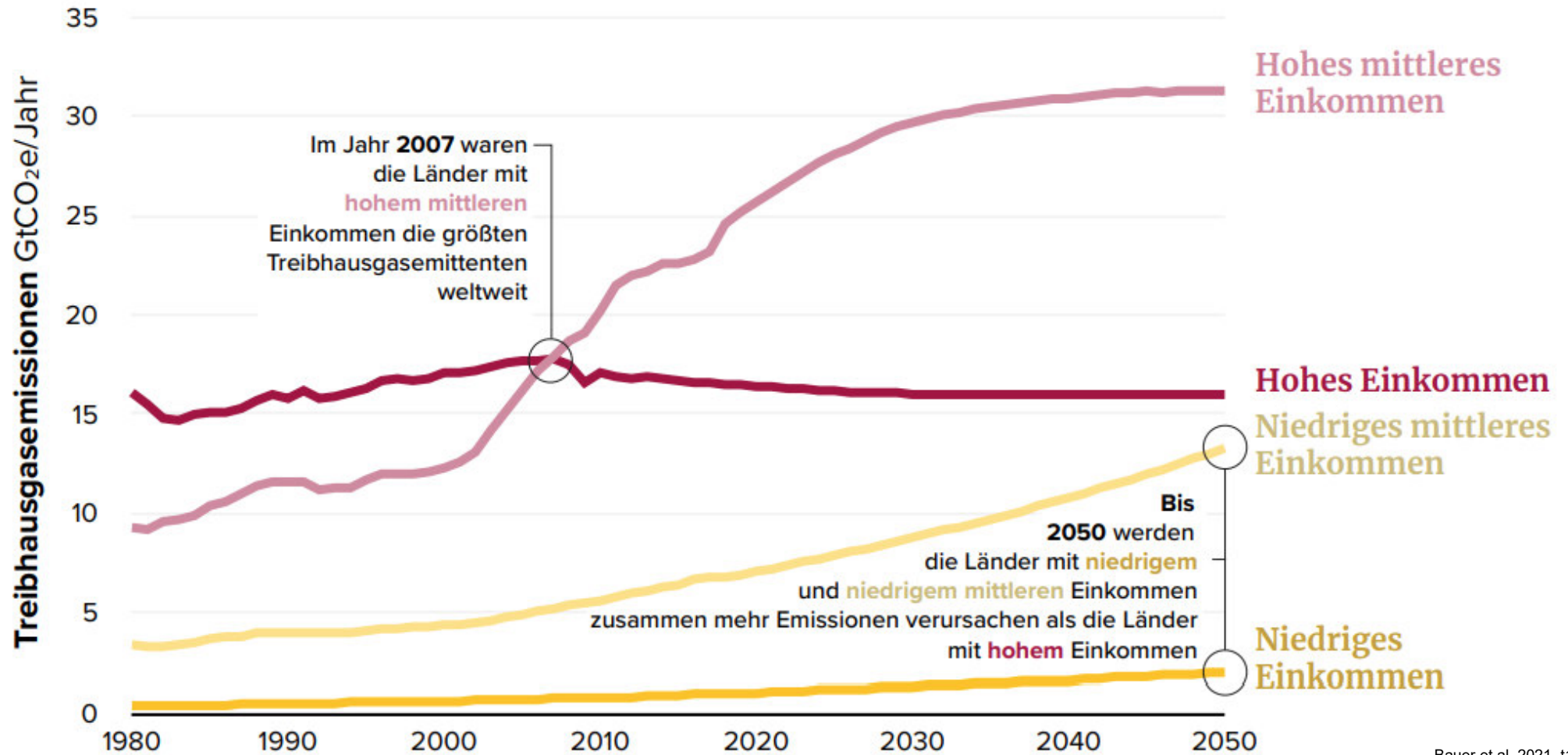
SZENARIO A: International koordinierter Gestaltungsanspruch



DIE 2021.

SZENARIO Z:
Multipolare, destruktive
Konkurrenz

Klimawandel: Emissionen nach Einkommensgruppe

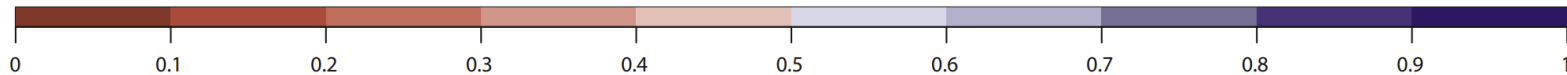
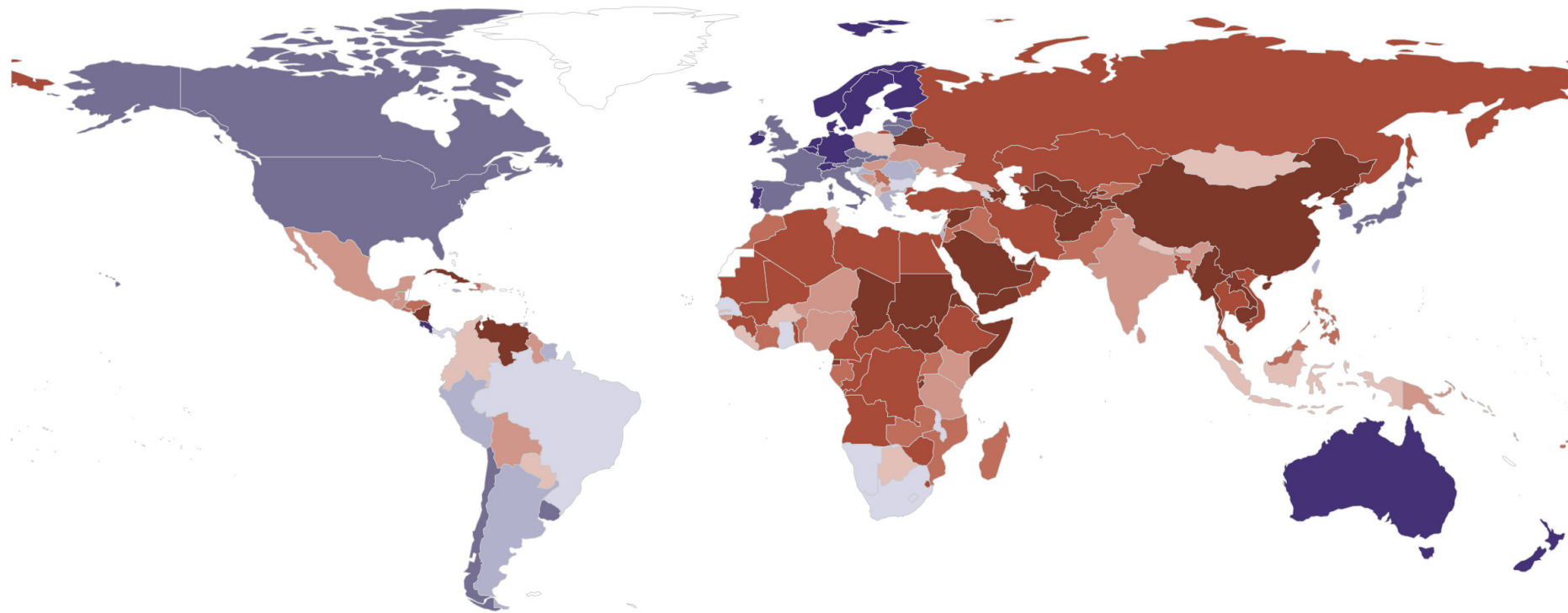


Bauer et al. 2021, t1p.de/IC-PA

Polarisierung & Autokratisierung



Liberal Democracy Index 2021



0 – lowest, 1 – highest level of democracy captured by both electoral & liberal aspects of democracy.

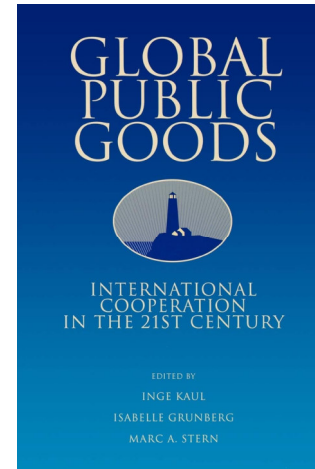
V-Dem 2022: 12; Nowack / Leininger, 2021, *Democratization*.

Von ‚Entwicklung‘ zu ‚Reziprozität für Zukunft‘



Internationales Finanz- & Entwicklungssystem:

- Beyond ODA, Global Fund
- Reform der IFIs
- Klimaregime & L&D



Energie- und Rohstoffpartnerschaften

- JETPs



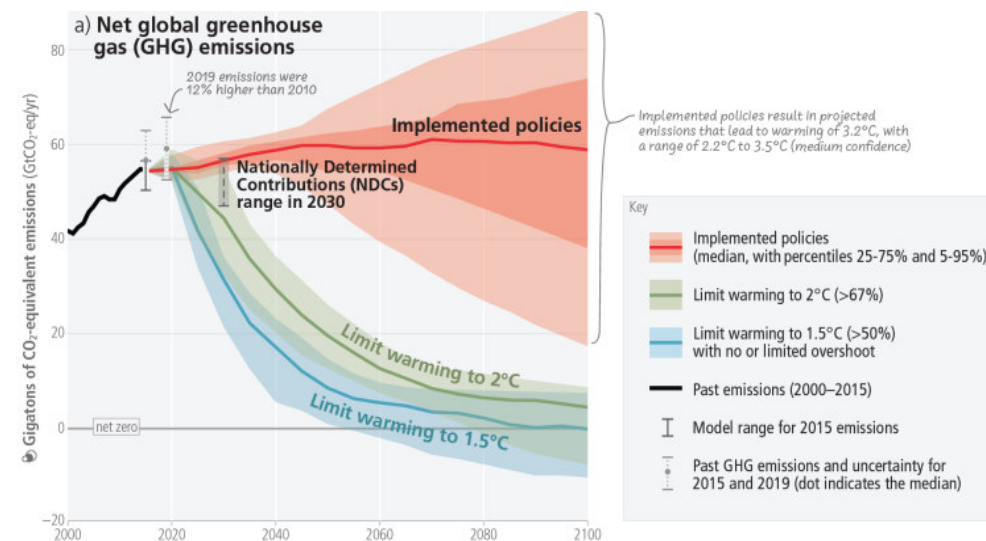
Strategieentwicklung & Strukturpolitik:

- Vertrauensvolle, reziproke Partnerschaften
- Dekolonisierung, Post-Development, Feminismus

„New Urgency“ & Multiple Ordnungen ?



- Globale Megatrends, hohe wechselseitige Dynamiken & die Produktion von Risiken
- „New Urgency“ für Nachhaltigkeitstransformationen
- Instrumente der „Just Transition“ unterentwickelt
- Schwindende Glaubwürdigkeit des „Westens“
- *Southernisation* im multilateralen System
- Globale Governance erodiert

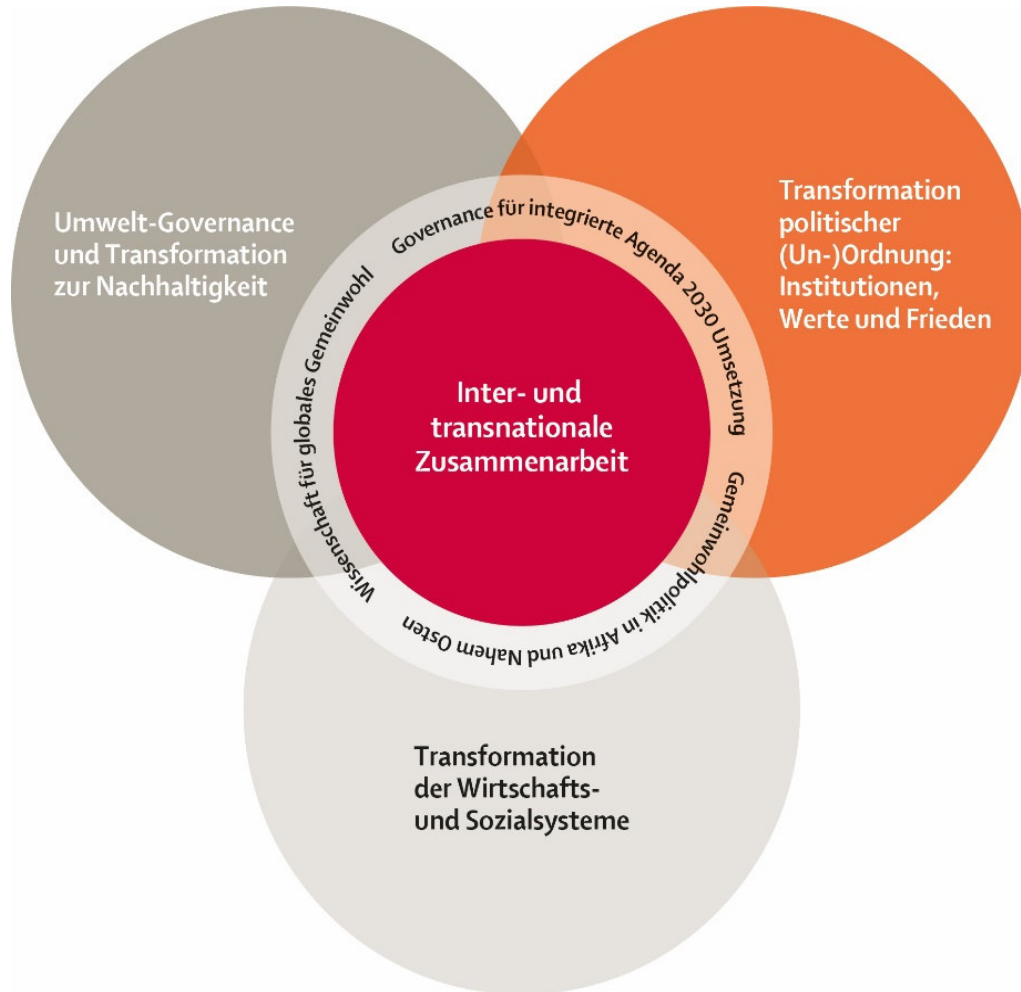


IPCC 2023: 23.

Wendepunkt:

multipolare Welt, vereint in universalem multilateralen System vs **konkurrierende Ordnungen ?**

Forschungsstrategie 2018 – 2025 *(updated)*



Erweiterungen:

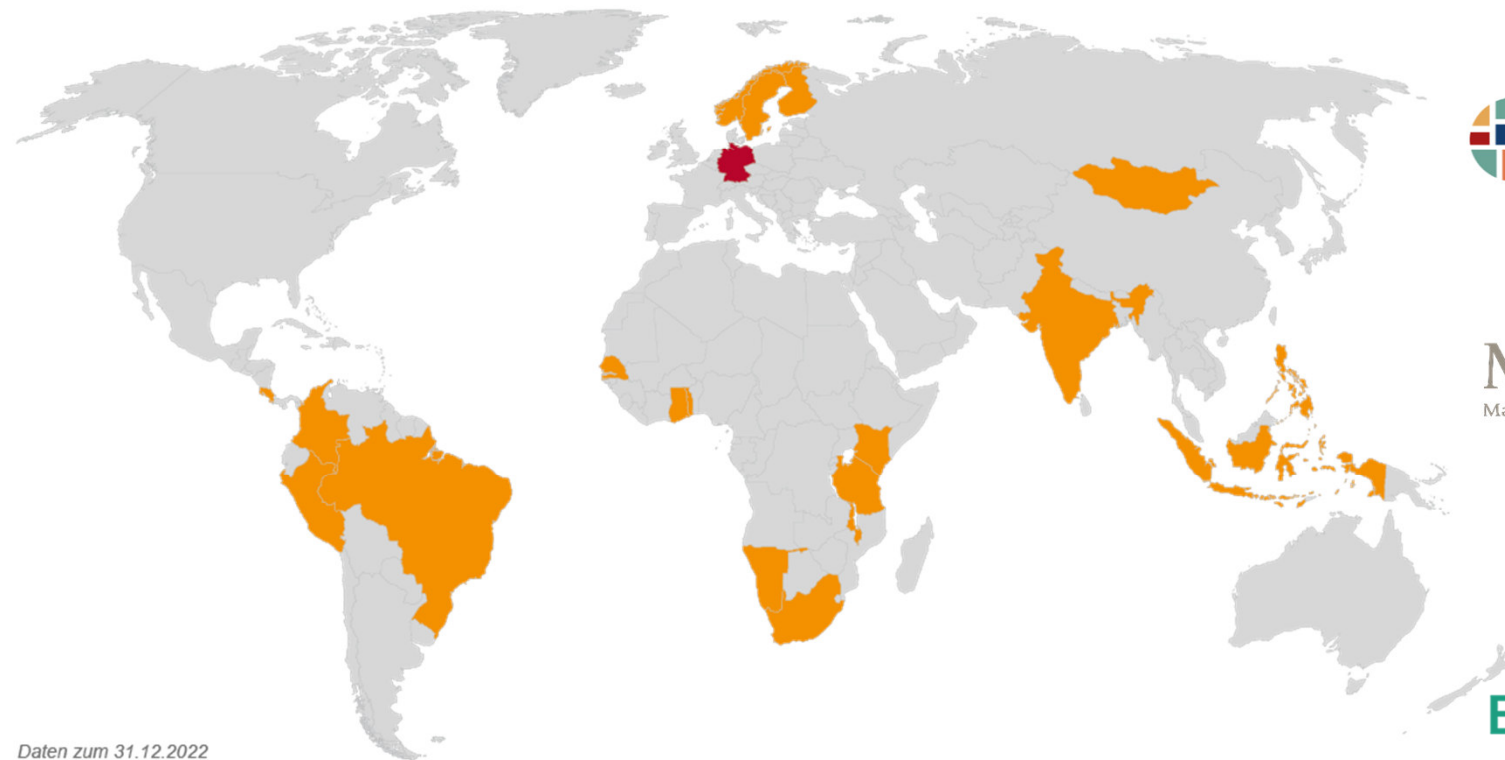
- Gesundheit & Just Transition
- Gender
- Forschungs- & Kooperationsethik
- Ozean & Küsten-Governance
- Wissen, Innovation, Wissenschaft

Ring: Wissenschaft für globales Gemeinwohl

Forschung in Netzwerken



Regionale Schwerpunkte der Doktorandenforschung



Daten zum 31.12.2022

Ausbildung & Nachwuchsförderung



Transregionale Wissenskooperation

- **Postgraduierten-Programm:** Abschluss 58. Kurses & Fortsetzung des Reformprozesses
- **Managing Global Governance:** 15 Jahre MGG! Verzahnung MGG/PRODIGEES
- **BMZ African-German Leadership Academy:** Weiterentwicklung durch Europäisierung, teilweise Durchführung in Afrika

Postgraduierten- Programm

Est. 1965



EU-Staatsangehörige

18 Teilnehmer*innen
Masterabschluss; persönliche Motivation, in der deutschen internationalen Zusammenarbeit tätig zu werden

9 Monate Programm (Sept. bis Mai)
2 Monate Plenarphase,
7 Monate Forschungsteam-Phase
(davon längere Forschungsaufenthalte im Land selbst)

Managing Global Governance

Est. 2007



BMZ's globale Partner – „aufstrebende Mächte“

22 Teilnehmer*innen
Nachwuchsführungskräfte („Changemakers“) aus Regierungsinstitutionen, Think Tanks/Forschungseinrichtungen, dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft

4 Monate Programm (Aug. bis Nov.)
In Präsenz in Bonn,
inkl. 2 Wochen in Berlin (Internat. Futures)
und 1 Woche in Brüssel (Studienfahrt)

African-German Leadership Academy

Est. 2021



BMZ Partnerländer in Afrika

25 Teilnehmer*innen
Nachwuchsführungskräfte („Changemakers“) aus Regierungsinstitutionen, Think Tanks/Forschungseinrichtungen, dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft, den Medien

3 Monate Programm (April bis Juni)
3 Monate in Präsenz
- in Bonn und Berlin -
plus: digitale Vor- und
Nachbereitungsphase

Politikberatung

Wen:

Externe Politikfelder Deutschlands, EU, UN, IFIs, G7, G20, Regierungen in Partnerländern



Mandatierte Beratungsgremien:

- Intergov. WG on Drought (UNCCD)
- Think7 / Think20-Advisory processes
- Wiss. Beirat d. BR Globale Umweltveränderungen (WBGU)
- Zivile Konfliktprävention
- German UNESCO Commission
- Adv. Bodies, BMZ: ‚Digitalisation‘, ‚One World w/o Hunger‘, ‚One Health‘
- ‚Global Health Hub‘, BMG
- NRW Nachhaltigkeitsrat
- GIZ, AvH, ...



Themen:

- **Globalkrisen:** Schulden, Ernährung, Covid-19, Klima, Biodiversität
- Globale **Nachhaltigkeitsagenda** & Reformen des Entwicklungssystems
- Nationale & Sektorstrategien: China, nationale Sicherheit; Afrika, Feminismus, MENA, Multilateralismus...
- ‚**Zeitenwende**‘ & Ukraine



Aktuelle Stunde: Politikberatung



Think7 Japan Communiqué

April 2023



Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung
Globale Umweltveränderungen

„Gesund leben auf einer gesunden Erde“

Politik für eine ‚Zeitenwende‘

Die "Zeitenwende" global verstehen und kooperativ gestalten

Globale Kooperationsstrategie für das globale Gemeinwohl:

Frieden und globales Gemeinwohl als Referenzpunkt

Logik: Kooperation

1. **Europäisch & geostrategisch:** Agenda 2030, Europäischer Green Deal und Global Gateway Initiative
2. **Kooperativ & kohärent:** Strategische Partnerschaften mit Ländern und Zivilgesellschaften auf allen Kontinenten pflegen; in eigene Glaubwürdigkeit durch größere Politikkohärenz zwischen internen und externen Politikfeldern investieren
3. **Vorausschauende Solidarität:** Aufbau von Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystemen
4. **Transformativ & klimastabilisierend:** Dekarbonisierung, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Abbau sozialer Ungleichheiten gleichzeitig vorantreiben
5. **Demokratisch & friedlich:** Bekenntnis zu demokratischen Werten in außen- und innenpolitischer Kommunikation; Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für Demokratieschutz, Konfliktprävention und Demokratieförderung.



Hornidge & Scholz 2021.

Hornidge 2022.

Vielen Dank.



German Institute of Development and Sustainability (IDOS)

www.idos-research.de

[@idos_research](https://twitter.com/idos_research)





Eine Welt Netz **NRW**

Gemeinsam die Welt von Morgen schaffen

07.09.2023

Eine Welt Netz NRW



... Gemeinsam bewegen wir
mehr!

Seit 1991 initiieren und vernetzen wir Eine Welt-Engagement in Nordrhein-Westfalen

7.000 Eine Welt-Akteure aus NRW sind bei uns registriert – mehrheitlich Gruppen und Organisationen

Wir sind parteipolitisch und konfessionell unabhängig und haben doch Anhänger fast aller Parteien sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften dabei

1.600 Akteure unterstützen uns als zahlende und/oder aktive Mitglieder .

07.09.2023

Rückenwind für bürgerschaftliches Engagement !

Information – Beratung – Qualifizierung – Vernetzung – Service

- Information, Beratung, Qualifizierung
- Digitalisierung
- Mitmachkampagnen
- Bildungsprojekte
- Politische Diskussionen
- Netzwerken
- Nachwuchsförderung
- Interkulturelle Öffnung
- Service
- Interessenvertretung



Angebote auf dem virtuellen Marktplatz:
www.eine-welt-netz-nrw.de

Junges Engagement



Freiwilligendienste

Junges Netzwerk Open Globe

Junges Engagement in der
Migrationsgesellschaft

openEXchange



07.09.2023

Mitmach-Kampagnen



Weltbaustellen –

Kampagne in Kommunen zur
Agenda 2030

Freiwillig Fair –

Kampagnen zum Fairen
Beschaffungswesen in Kommunen

Der Weltgarten –

Interaktive Ausstellung zu globaler
Gerechtigkeit

Projekte zum Globalen Lernen



Bildung trifft Entwicklung

CHAT der WELTEN

Eine Welt Mobil

Forum Globales Lernen

Eine Welt schafft Meister*innen

07.09.2023

Die Zukunft des Eine Welt-Engagements in NRW

**Die ganze Welt ändert sich rasant.
Die Eine Welt-Arbeit auch.**

- Mehr als 7.000 Eine Welt-Akteur*innen sind identifiziert
- Erkenntnisse über Themen, Zielgruppen und Bedarfe der Engagierten liegen vor
- Neue Akteur*innen der Eine Welt-Arbeit einbinden
- Neue Formen des Engagements wie z.B. in den sozialen Netzwerken stärken
- Bei Generationswechsel und notwendigen Strukturveränderungen unterstützen
- Engagement wirkungsvoller unterstützen und vernetzen

07.09.2023

Gesellschaftliche Herausforderungen – Bei uns und weltweit

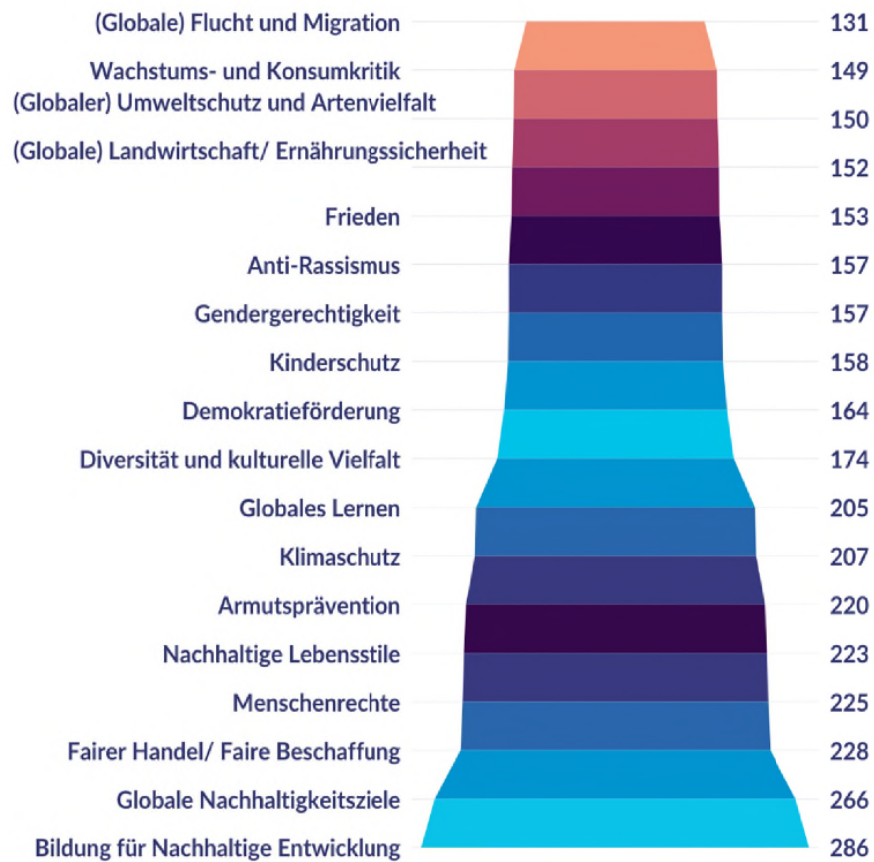
Bei unseren Befragungen wurden genannt:

- Zunahme und Verdichtung von Krisen, Vielfachkrise
- Komplexität der Herausforderungen, einfache Lösungen gewünscht, aber meist nicht möglich
- Bedrohung der Demokratie
- Digitalisierung
- Zukunftsangst
- Ohnmachtsgefühle
- Auswirkungen der Pandemie

07.09.2023

Gesellschaftliche Herausforderungen – Bei uns und weltweit

Arbeitsthemen der Gruppen



07.09.2023

Eine Welt-Land Nordrhein-Westfalen?!

- Seit den 90er Jahren gute Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Eine Welt-Engagement
- Mit innovativen Programmen wie dem Promotor*innen-Programm bundesweit Vorreiter und Vorbild geworden
- Das Promotor*innen-Programm ist mittlerweile in allen 16 Bundesländern etabliert und bundesweit etabliert
- Auch das interkulturelle PP hat wird schon in anderen Bundesländern umgesetzt
- Ergebnisse unseres Projekts „Die Zukunft des Eine Welt-Engagements in NRW“ sind in die Engagementstrategie des BMZ eingeflossen und finden in anderen Bundesländern große Beachtung
- Die sehr starke und vielfältige Engagement-Landschaft in NRW ist auch Ausdruck dieser vergleichsweise guten Rahmenbedingungen.

07.09.2023

Gerade in schwierigen Zeiten: Bürgerschaftliches Engagement stärken

- Eine Welt-Engagement ohne Promotor*innen und starkes Netzwerk ist wie Breitensport ohne Übungsleiter*innen.
- Der sehr starke Zuwachs an Engagierten in NRW hat in großem Maße mit der Arbeit der Promotor*innen zu tun, die vor Ort über lange Zeit gute Bedingungen und Anlässe für Engagement geschaffen haben.
- In den letzten Jahren der großen globalen Krisen waren Promotor*innen als Kommunikator*innen vor Ort wichtig. Stichworte sind: Schaffung von Diskursräumen zu globalen Themen von Pandemie über Klima bis zu Krieg; Orientierung, Handlungsmöglichkeiten, Zuversicht.
- Gerade in Krisenzeiten sollte dieses bürgerschaftliche Engagement gestärkt und nicht geschwächt werden. Es ist unser Potential für die Zukunft.

Eine Welt Netz NRW

Achtermannstr. 10-12
48143 Münster
Tel: 0251 – 28 46 69 0

Haroldstraße 14
40213 Düsseldorf
Tel: 0211 – 6009 112

info@eine-welt-netz-nrw.de
www.eine-welt-netz-nrw.de



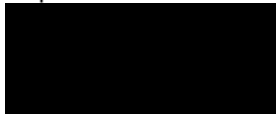
Gemeinsam bewegen wir mehr!



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

13. Juli 2023

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 18. August 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 18. August 2023:

**TOP 1 – Wie steht die Landesregierung zum Europäischen
Lieferkettengesetz?**

Am 1. Juni 2023 hat das Plenum des Europäischen Parlaments seine Position
zum Vorschlag für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen
im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie 2019/1937/EU
(COM(2022) 71 final) (sog. Europäisches Lieferkettengesetz), mit 366 Ja-
und 255 Nein-Stimmen sowie 38 Enthaltungen angenommen. Die Abkehr vom
Ausschuss-Kompromiss wurde maßgeblich von den deutschen Mitgliedern der
EVP-Fraktion vorangetrieben.

- Wie steht die Landesregierung zur EP-Position und mit welcher Haltung
wird sie die nun folgenden interinstitutionellen Verhandlungen
begleiten?
- Ist die EP-Position aus Sicht der Landesregierung geeignet, um negative
Auswirkungen europäischer Unternehmensaktivitäten, einschließlich
der ihrer Geschäftspartner, auf die Menschenrechte und die Umwelt zu

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



ermitteln und gegebenenfalls zu verhindern, zu beenden oder abzumildern (z.B. Kinderarbeit, Sklaverei, Umweltzerstörung usw.)?
Wenn ja, warum, wenn nein, warum nicht?

- Wie schätzt die Landesregierung die Auswirkungen der vorliegenden Positionen der EU-Institutionen für Unternehmen, insbesondere für KMU, in NRW ein?
- Geht die Landesregierung davon aus, dass das zukünftige Europäische Lieferkettengesetz Auswirkungen auf das deutsche haben wird und wenn ja, inwiefern? Welche Konsequenzen ergäben sich daraus für NRW?
- Welche Herausforderungen ergeben sich aus der neuen Gesetzgebung für die kommunalen Unternehmen? Inwiefern und an welchen Stellen müssen Ausschreibungskriterien angepasst und verändert werden? Welche Anlauf- und Beratungsstellen bietet die Landesregierung?

TOP 2 – Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung bisher unternommen, um die bilateralen Beziehungen mit neuen und langjährigen PartnerInnen des Globalen Südens weiter zu stärken und auszubauen?

Im schwarz-grünen Koalitionsvertrag wird die Bedeutung der bilateralen Beziehungen mit neuen und langjährigen PartnerInnen wie Israel, Ghana, Südafrika, der Türkei, Jordanien, Ägypten, dem Nordirak, Japan und demokratischen Staaten Asiens sowie Lateinamerikas sowie dessen Ausbau hervorgehoben. Dies schließt laut Koalitionsvertrag insbesondere den Ausbau der Beziehungen mit zivilgesellschaftlichen PartnerInnen ein, vor allem auch mit MigrantInnen-Selbstorganisationen und transnational agierenden interkulturellen Organisationen.

- Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung bisher unternommen, um die bilateralen Beziehungen mit PartnerInnen des Globalen Südens zu stärken oder auszubauen?
- Welche staatlichen und zivilgesellschaftlichen PartnerInnen wurden hierbei konkret in den Blick genommen?
- Welche konkreten Austausch-, Kooperations- und Projektvorhaben wurden bisher angestrebt und/oder gefördert (mit Angabe des jeweiligen Fördervolumens)?



- Welche Rolle spielen hierbei MigrantInnen-Selbstorganisationen und transnational agierende interkulturelle Organisationen, die sich zu Demokratie, Menschenrechten und Vielfalt bekennen?
- Inwieweit und mit welchen PartnerInnen strebt die Landesregierung an, die Beziehung zu und die Zusammenarbeit mit PartnerInnen aus dem Globalen Südens im Angesicht multipler und in sich verschränkter globaler Krisen noch weiter zu vertiefen und auszubauen, um „das Land in seiner Bedeutung als europäisches Kraftzentrum mit belastbaren weltweiten Beziehungen (6692-6693)“ noch weiter zu stärken?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL